

# Deutsche Rundschau

## in Polen

**Bezugspreis:** Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blätter vorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Übersetzung von Anzeigen schriftlich erbetben. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Breslau 202157. Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 163

Bromberg, Freitag, den 19. Juli 1935.

59. Jahrg.

## Freude am Suezkanal.

Militärische Expeditionen sind niemals billig gewesen. Wenn man allein die Summen zusammenrechnet, die während des Weltkrieges in den Erdböden „hineingeschossen“ worden sind, so kommt man auf Milliardenzahlen, für die man wirklich eine bessere und fruchtbarere Verwendung hätte finden können. Auch Italien kann in diesen Tagen ein neues Liedlein von Kriegs- und Expeditionsosten singen. Die Gelder, die bis zum heutigen Tag in dem Abessinien-Konflikt investiert wurden, gehen weit in die Millionen. Aber Mussolini wird wohl wissen, wie er die Verzinsung für dieses gewaltige volkswirtschaftliche Kapital wieder hereinbringen will. Schließlich kauft man nicht Pferde in Ungarn und Getreide in Südafrika, um all dies schöne lebende und tote Inventar einmal als ungenutzt „abzuschreiben“. Und vielleicht ist gerade diese wirtschaftliche Auseinanderersetzung über die bereits entstandenen Unkosten das schwierigste Kapitel bei allen internationalen Verhandlungen. Denn selbst, wenn Mussolini zurückwollte — was er im übrigen nicht will — so verbieten ihm schon die Passivposten seines Staats jedes einfache Nachgeben. Man steckt Millionen in ein Geschäft, um sich später kühn zu distanzieren. Abessinien muss in jedem Fall bezahlen, so oder so, wenn nicht der italienische Steuerzahler unter den entstandenen Lasten zusammenbrechen soll.

Unter den Großverdienstern des italienisch-abessinischen Konflikts steht eine Gesellschaft an der Spitze, die bisher an allen kriegerischen Verwicklungen rings um das Rote Meer recht erheblich verdient hat, nämlich die Suez-Kanal-Gesellschaft oder, wie ihr genauer Firmenname lautet, die „Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez“. Sie ist die wirtschaftliche Verwalterin des Suezkanals, über den England ja nur auf dem Umweg über Ägypten eine staatliche Schuhherrschaft ausübt. Und sie macht auch keinen Hehl daraus, daß ihr diese Verwaltung gerade in den letzten Monaten durchaus nicht nur Sorgen, sondern auch klingende Freuden bereitet. Laut Tarif vom Jahre 1930 müssen alle Schiffe, die den Suezkanal passieren, für jede Nettotonne Fracht 5,75 Goldfrank und für jeden Passagier 10 Goldfrank bezahlen. Da nun Italien bis zum Juni rund 350 000 Mann als soldatische Passagiere mit seinen Transportschiffen durch den Kanal befördert hat, kostet ihn dieser militärische Export bisher rund 3,5 Millionen Goldfrank, von den übrigen Kosten für die Kanonen- und Maschinengewehrfrachten ganz zu schweigen. Das ist schon ein ganz tüchtiges Sämmchen, besonders wenn man bedenkt, daß auch der Rücktransport später noch einmal ähnliche Ausgaben erfordert. Der Geschäftsbericht der Suez-Kanal-Gesellschaft, der soeben für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres veröffentlicht wurde, ist deshalb auch durchaus optimistisch gestimmt. Das alte Sprichwort: „Wenn zwei sich streiten freut sich der Dritte“ beweist wieder einmal seinen Wahrheitswert.

Freilich soll man nicht meinen, daß diese „Kriegsgewinne“ in diesem Fall eine nöselnde Gesellschaft sanieren. Davor kann keine Rede sein. Die Suez-Kanal-Gesellschaft ist eine der bestverdienenden Gesellschaft der Welt überhaupt. Sie gewährt noch heute ihren Aktionären eine Durchschnittsdividende von rund 70 Prozent, da 30 Prozent der Bruttoeinnahmen völlig ausreichen, um die gesamten Unkosten der Instandhaltung und Verwaltung des Kanals zu decken. So bedeuten auch die hinzuvor verdienten 3,5 Millionen Goldfrank im 1. Halbjahr 1935 nur einen kleinen Prozentsatz des Gesamtverdienstes der Kanal-Gesellschaft. Die Gesamteinnahmen in den ersten sechs Monaten betrugen nämlich nicht weniger als 436 Millionen. Immerhin, die Aktionäre werden sich freuen, und nur Mussolini wird mit Recht darüber traurig sein, daß er auch noch diese Summen dem internationalen Kapital in seinen hungrig aufgesperrten Rachen werfen muß.

International ist das Kapital der Suez-Kanal-Gesellschaft ja nun wirklich. Denn laut Artikel 24 des Statuts wird die Gesellschaft von einem Verwaltungsrat von 32 Mitgliedern geleitet, der die hauptsächlich an dem Unternehmen interessierten Nationen vertritt. Auch Deutschland saß vor dem Kriege in diesem Gremium. Heute dominiert Frankreich mit Zweidrittelmehrheit vor England, das nur ein Drittel der Mitglieder entsendet. Ein weiteres Mitglied stellen die Niederlande. Die Ägyptische Regierung entsendet nur den Vorsitzenden, der freilich bestimmte Machtvolksmänner, wenn auch nicht ganz nach dem Führerprinzip, besitzt. Der französische Charakter des Verwaltungsrates kommt auch darin zum Ausdruck, daß seit dem Gründungsjahr 1858 der Sitz der Gesellschaft immer in der französischen Hauptstadt liegt.

Gegen die französisch-englische Vorherrschaft in der Verwaltung des Suezkanals ist von jeher von allen anderen interessierten Schiffahrtsnationen Sturm gelassen worden. Italien forderte vergeblich seine Vertretung im Verwaltungsrat. Auch Japan protestierte gegen seine Ausschließung. Bisher blieben aber alle diese Versuche im Gestrichen von Verhandlungen stehen. Besonders die Franzosen haben von jeher ihren finanziellen Einfluß recht rücksichtslos ausgeübt. Die großen Reserven der Suez-Kanal-Gesellschaft wurden nicht etwa in französischen Staatspapieren, sondern sogar in französischem Grundbesitz angelegt.

Auch die meisten Angestellten, darunter der Geschäftsträger der Gesellschaft bei der Ägyptischen Regierung, sind französischen Ursprungs. Auch die Maschinen und Apparate und Neuanschaffungen wurden und werden fast ausschließlich in Frankreich bestellt. Damit auch der geistliche Einfluß seine französische Abstammung nicht verloren geht, wurde ein französischer Bischof mit dem Sitz in Ismailia mit der theologischen Betreuung der Kanalzone beauftragt. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dieser einseitig französischen und wacker kapitalistischen Verwaltung hat nur einen einzigen Erfolg davontragen können. Im April 1934 wurden wenigstens die Frachtgebühren, die bis dahin 6 Goldfrank pro Tonne und 3 Frank für Schiffe ohne Ladung betragen, um 25 bzw. 12½ Centimes gesenkt. Aber die geschäftstüchtigen Franzosen müssen schon damals den abessinischen Konflikt irgendwie vorausgesehen haben; denn die Gebührenänderung bei Passagieren wurde strikt abgelehnt. Und so blieb es bei Tarifverhältnissen, die den Italienern wohl niemals so unangenehm gewesen sind, wie gerade im gegenwärtigen Augenblick.

Natürlich darf über dieser wirtschaftlichen Organisation der militärische Charakter des Suezkanals niemals vergessen werden. Hier aber kann keinesfalls wie bei dem Verwaltungsrat der Suez-Kanal-Gesellschaft von einem französischen Übergewicht gesprochen werden. Der Herr im Suezkanal ist und bleibt der englische Admiralstab. Er entscheidet, für welche Schiffe der Kanal offenbleibt oder für welche Schiffe er gegebenenfalls geschlossen werden muß. Er entscheidet im Kriegsfall darüber selbstverständlich auch gegenüber internationalen Instanzen. Denn der Suezkanal ist die Schlachter, durch die das rote Blut von England nach Indien und von Indien nach England strömt. Und auch Mussolini weiß dies sehr wohl. Denn anders sind seine scharfen Drohungen gegenüber der englischen Kanalherrschaft nicht zu verstehen. Kommt es zu einem Konflikt zwischen England und Italien, an den wir übrigens heutz nicht mehr glauben, so berührt dieser Konflikt zu allererst den Suezkanal. Selbst schon die Sperrung des Kanals für den Transport von Kriegsmaterial müßte Italien an seiner allerempfindlichsten Stelle treffen.

## Zofio „nicht interessiert.“

Japans Haltung im

In Rom ist gestern eine amtliche Meldung verbreitet worden, nach welcher der dortige japanische Botschafter Mussolini bei einem Besuch formell erklärt habe, Japan habe keinerlei Interventionsabsichten in Abessinien. Diese italienische Meldung wurde gleich nach ihrer Bekanntgabe vom japanischen Auswärtigen Amt dementiert.

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte, es sei undenkbar, daß der japanische Botschafter im Hinblick auf die heikle Lage in Abessinien Mussolini gegenüber eine derartige Erklärung abgegeben habe. Zugleich allerdings betonte das Auswärtige Amt, daß Japan politisch an dem italienisch-abessinischen Streitfall „nicht beteiligt“ sei. Die japanische Presse bezeichnet den Fall in großen Überschriften als „diplomatischen Trick der Italienischen Regierung“.

**Abessinien erklärt Kampf bis zur Verblutung.**

In einer Unterredung gab der abessinische Völkerbund-delegierte Teclahamariat mit aller Entschiedenheit die Erklärung ab, daß Abessinien niemals die Errichtung eines Mandats oder eines Protektorats dulden werde. Er sagte u. a.: Sollte Italien den Konflikt durch einen Krieg zur Lösung bringen wollen, was wir noch immer abzusehen hoffen, dann wird dies ein Krieg sein, der von uns bis zur Verblutung durchgeführt werden wird.

**300 italienische Bomber für Ostafrika.**

Das Tempo der italienischen Kriegsvorbereitungen für Ostafrika nimmt weiter zu. Von Neapel aus wurden 24 Kriegsluftzeuge mit 80 Fliegern auf dem Flugzeugmuttergeschiff „Miraglia“ nach den Kolonien befördert. Außer diesen Kriegsluftzeugen werden in der nächsten Zeit 300 Bomberflugzeuge nach Erythräa und Somalia verbracht werden.

Süditalien gleicht einem Heerlager. In Kalabrien wird in beschleunigtem Tempo seit dem am Montag ein-

Abessinien-Konflikt.

getroffenen Befehl des Duces die Mobilisierung der Division Sila betrieben. Somit sind jetzt bereits zehn vollständige Divisionen aufgeboten worden, von denen je fünf zum italienischen Heer und zur Schwarzhunden-Miliz gehören.

**Die Rede des abessinischen Kaisers verschoben**

Die große Rede, die der Kaiser von Abessinien vor dem Parlament halten wollte, ist vorläufig verschoben worden, da die Entwicklung in London und Paris abgewartet wird. In politischen Kreisen herrscht eine ruhige Auffassung über die Lage.

**„Neu-Rußland“ in Abessinien.**

Wie gemeldet wird, sollen sich zahlreiche russische Emigranten, insbesondere ehemalige Angehörige der Kutschak-, Denikin- und Wrangel-Armee zusammen geschlossen haben, um Italien ihre Dienste in einem Krieg gegen Abessinien anzubieten.

Die Initiatoren der Aktion sollen überzeugt sein, eine nach Tausendenzählenden Armee aufstellen zu können, die Italien wertvolle Dienste in Afrika leisten könnte. Als Belohnung hierfür wollen die Emigranten von Mussolini verlangen,

dass er ihnen einen Streifen abessinischen

Gebietes anteile,

auf dem ein sogenanntes „Neu-Rußland“ unter dem Protektorat Italiens entstehen könnte.

Die Gegner dieser Bewegung weisen insbesondere auf die Tatsache hin, daß die Gründung eines kleinen russischen Staates unter italienischem Protektorat nicht nur von Italien abhängt, sondern auch von den anderen europäischen Großmächten, die sich vermutlich einem solchen Projekt widersehnen würden.

## Die Memelfrage vor dem Unterhaus.

London, 18. Juli. (DNB) Der Abgeordnete Cowe fragte in der Mittwochssitzung des Unterhauses, ob irgendwelche Schritte getan werden seien, um die Lage im Memelgebiet zu regeln. Außenminister Hoare erwiderte, daß die Britische Regierung mit der Französischen und Italienischen Regierung hierüber in Verbindung gestanden habe. Die Dinge seien jetzt so weit fortgeschritten, daß man auf eine Besserung der Lage hoffen könne.

## Lavals Spardekrete.

**Einsparen von elf Milliarden.**

Paris, 18. Juli. In der Nacht zum Mittwoch gab Ministerpräsident Lavau die amtliche Erklärung über die Sparmaßnahmen der Regierung bekannt. Im ganzen sind 28 Notverordnungen erlassen worden, von denen sich 20 mit den Einsparungen von im ganzen 10,559 Millionen Frank beschäftigen, die sich auf den Haushaltsplan, die Staatsverwaltung, die Provinzial- und Kommunalverwaltungen und die Eisenbahn verteilen. Zum Ausgleich für die Gehalts-, Lohn- und Pensionskürzungen wird eine Preissenkung auf wichtigen Gebieten der Lebenshaltung angeordnet.

**Protestkundgebungen gegen die Sparverordnungen.**

Zur Bekämpfung und zum Protest gegen die Sparverordnungen der Regierung hat die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten für Freitag abend in Paris auf dem Opernplatz eine Kundgebung angesetzt, die von 19 bis 20 Uhr dauern soll. Der Eisenbahnerverband hat sich dieser Veranstaltung angeschlossen, ebenso der Postbeamtenverband. Auch die kommunistische Gewerkschaft hat beschlossen, sich an der Protestkundgebung am Freitag abend zu beteiligen.

## Wahlvorbereitungen in vollem Gange.

**Die Sejmwahlbezirke für Pommerellen.**

Das Bureau des Generalwahlkommissars befindet sich im Gebäude des Präsidiums des Ministerrats, wo an der Vorbereitung der Wahlen fleißhaft gearbeitet wird. Der Generalwahlkommissar hat bereits die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen sowie deren Stellvertreter berufen. In diesen Tagen werden vom Innenminister auch die Bezirkswahlkommissare ernannt werden.

Auf Grund des Art. 14 der Wahlordnung zum Sejm hat der Generalwahlkommissar die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen sowie deren Stellvertreter berufen.

**In der Wojewodschaft Pommerellen.**

In Thorn (Bezirk Nr. 101): Vorsitzender: Präsident des Bezirkgerichts Rudolf Radkowski, Stellvertreter des Vizepräsidenten des Bezirkgerichts Tadeusz Szurewicz.

In Grudenz (Bezirk Nr. 102): Vorsitzender ist der Richter des Bezirkgerichts Leon Raszewski, sein Stellvertreter Bezirkgerichtsrichter Jerzy Leon Ryllski.

In Konitz (Bezirk Nr. 103): Vorsitzender ist der Präsident des Bezirkgerichts Eugeniusz Halicki, sein Stellvertreter der Vizepräsident des Bezirkgerichts Bogumił Szaliniński.

In Gdingen (Bezirk Nr. 104) ist zum Vorsitzenden der Präsident des Bezirkgerichts Józef Parczewski, zu seinem Stellvertreter Amtsrichter Jan Konwitski ernannt.

**In der Wojewodschaft Posen**

sind folgende Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen und deren Vertreter bestellt worden:

In Posen (Bezirk Nr. 93): Vizepräsident des Bezirkgerichts Adolf Bohosiewicz, Bezirkgerichtsrichter Mieczysław Zapa.

Posen (Bezirk Nr. 94): Appellationsrichter Tadeusz Cyprian, Bezirksrichter Kazimierz Suchowiański.

Posen (Bezirk Nr. 95): Präsident des Bezirksgerichts Marian Kornicki, Amtsrichter Eugeniusz Warchałowski.

Lissa (Bezirk Nr. 96): Bezirksrichter Oskar Kamiński, Amtsrichter Roman Sommer.

Ostrowo (Bezirk Nr. 97): Bezirksgerichtspräsident Jarosław Czarliński, Bezirksrichter Józef Biłoborski.

Gniezno (Bezirk Nr. 98): Vizepräsident des Bezirksgerichts Mieczysław Gumiński, Amtsrichter Antoni Ostendorf-Sacken.

Inowrocław (Bezirk Nr. 99): Bezirksrichter Tadeusz Kulakowski, Amtsrichter Jerzy Czapla.

In Bromberg (Bezirk Nr. 100) ist zum Vorsitzenden der Präsident des Bezirksgerichts Leon Plejewski, zu seinem Stellvertreter der Vizepräsident des Bezirksgerichts Stefan Bieliński ernannt.

#### Achtung, Senatswähler!

Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung des Bromberger Kreis- und Burgstarosten haben sich die zum Senat wahlberechtigten Bürger, die im Gebiet der Stadt und des Kreises Bromberg ihren Wohnsitz haben, in der Burg- und Kreisstaroste in Bromberg, ulica Slowackiego 7, Zimmer Nr. 20, unter Vorlegung der entsprechenden Dokumente bis zum 27. Juli einschließlich in den Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags zu melden, um in die Senatswählerliste eingetragen zu werden.

Bereit hiervon sind diejenigen Personen, die ihre Meldungen bereits auf Grund der in der Vorbereitungskaktion erlassenen Bekanntmachungen der Gemeindeverwaltungen vollzogen haben.

#### 15 Mandate für die Ukrainer?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Nach Informationen, die aus dem Regierungslager stammen, werden in den leitenden Kreisen dieses Lagers Beratungen abgehalten, welche die Festsetzung der Kandidaturen für den Sejm und Senat zum Gegenstande haben. Eigentlich befindet sich diese Angelegenheit noch im Stadium allgemeiner Erwägungen über die Richtlinien, nach denen die Beteiligung der verdienten und hervorragenden Mitglieder des Lagers mit Mandaten von Statten geben soll. In Abrechnung dessen, daß nach der neuen Verfassung dem Senat eine höhere Bedeutung zukommt, bestehet — heißt es — die Tendenz, den Würdenträgern des Regierungslagers vorzugsweise Senatorenmandate zu verleihen.

Es verlautet weiter, daß der Wahlplan vorderhand nur bezüglich der Ostgebiete, mit Ausnahme des östlichen Galiziens, im Umriss festgesetzt sei. Die Leitung der Wahlaktion des Blocks in den Ostgebieten hat der ehemalige Ministerpräsident Prystor übernommen. Die Festsetzung der Kandidaturen im östlichen Galizien wird den dortigen Faktoren des Regierungslagers überlassen werden, wobei einige Wahlkreise den Ukrainer zu erkennen sind. Insgesamt sollen die Ukrainer fünfzehn Mandate erhalten.

#### Deutsch-Amerikaner in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 18. Juli.

Mit der „Hansestadt Danzig“ des Seidenastes Ostpreußen trafen am Mittwoch früh am Zoppoter Seesteg 65 Deutschamerikaner der Steuben-Gesellschaft in Danzig ein, die auf einer Studienfahrt begriffen sind. Sie wurden im Laufe des Vormittags vom Vizepräsidenten Huth im Namen der Danziger Regierung im Artushof begrüßt, der bat, die Gäste möchten nach ihrer Heimkehr in Amerika dafür zeugen, daß in dieser vom Deutschen Reich durch den Versailler Vertrag abgetrennten Stadt deutsche Menschen arbeiten und streben und opfern, damit dieser deutsche Boden in alle Ewigkeit deutsch bleibe. Der Vizepräsident entschuldigte den Präsidenten Greiser, der leider erkrankt sei und dessen Freude über den Besuch der Steuben-Gesellschaft er zum Ausdruck bringe. Der Vizepräsident, in dessen Begleitung sich Kultursenator Voelk besandt, überreichte der Steuben-Gesellschaft eine Radierung von der Langen Brücke als Andenken an den Danziger Besuch.

Präsident Theodor Hoffmann von der Steuben-Gesellschaft sagt in seiner Erwiderung, daß die Gesellschaft Danzig freudig in ihr Reiseprogramm aufgenommen habe und er hoffe, daß dieser Besuch nur der Vorläufer sei für die Besuche vieler deutsch-amerikanischer Gesellschaften.

Nachdem sich die Vertreter der Freien Stadt in das Erinnerungsbuch der Steuben-Gesellschaft eingetragen hatten, überreichte ihnen deren Präsident ein historisches Werk über die Anteilnahme der Deutschen an der Entwicklung Amerikas. Die Fahrt der Steuben-Gesellschaft geht weiter nach dem Osten, nach Marienburg und dem Tannenberg-Denkmal.

#### Danziger Schupobeamte sprechen polnisch.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Bei der Danziger Schupoamte ist zur Zeit eine große Anzahl von Beamten vorhanden, die auf Grund ihrer Kenntnisse und Teilnahme an entsprechenden Kursen über fremdsprachliche Kenntnisse verfügen. Sie beherrschen die englische, polnische und russische Sprache so weit, um Ausländern im Straßendienst vorkommende notwendige Auskünfte zu erteilen.

Den Beispiele anderer Großstädte folgend, die großen Reiseverkehr haben, sollen diese fremdsprachlich geschulten Beamten, fortan bei großem Fremdenverkehr, Tagungen usw. durch eine Armbinde kenntlich gemacht werden, aus der die Fremdsprache, die sie beherrschen, ersichtlich ist. Die Beamten sind auf die vom Fremdenverkehr hauptsächlich berührten Gebiete verteilt. Diese Neuregelung wird dankbar begrüßt werden.

# Die Deutsche Raumnot.

Die „Gazeta Polska“ über die Krisensachen in der deutschen Minderheit.

Das amtliche Warschauer Organ, die „Gazeta Polska“, befaßt sich in Nr. 193 vom 14. Juli d. J. nach längerer Unterbrechung wieder einmal mit den Fragen der deutschen Minderheit in Westpolen und ihren inneren Auseinandersetzungen. Der Artikel stammt aus der Feder des jugendlichen Posener Korrespondenten dieses Blattes, der früher wiederholte die Dinge in der deutschen Minderheit hier mit einer nicht allzu großen Kenntnis des Fragenkomplexes beleuchtet zu müssen glaubte. Die Quellen, die ihm zur Verfügung stehen, sind durch die Art seiner Darstellungen so außerordentlich übersichtlich, daß wir nicht anstreben, sie hier noch besonders erwähnen zu müssen. Es wäre allerdings eine berufliche Pflicht, daß der Posener Korrespondent mit Rücksicht auf das Urtheil und den Ernst seines Blattes genauer und vielseitiger in diejenigen Materie eindringen würde, über die zu schreiben er sich verpflichtet fühlt.

Was uns veranlaßt, näher auf den Artikel des Posener Korrespondenten dieses Blattes einzugehen, ist weniger die Schilderung über die Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Volksgruppe — wir sind überzeugt, daß er bei genauerer Kenntnis der Lage sie auch noch einmal genauer schildern wird — als vielmehr die in dem Artikel aufgestellte Behauptung, daß der deutsche Grundbesitz in den Westgebieten sich in den letzten 8 Jahren um eine Fläche von 15 000 Hektar vergrößert hätte, daß also die von einem Teil der deutschen Minderheit vorgebrachte Behauptung, die deutsche Volksgruppe in Polen leide an Raumnot, nicht zu Recht bestehe.

Wir können eine derartige Darstellung, die den Tatsachen völlig widerspricht, nicht unberichtigt lassen. In allen auslanddeutschen Volksgruppen findet heute ein stiller Ringen um den deutschen Lebensraum statt. Wenn wir Deutschen fremder Staatsangehörigkeit um diesen Lebensraum kämpfen, dann tun wir das nicht, um uns in Gegensatz zu den Regierungen der einzelnen Wirtschaftsstaaten zu stellen, sondern in der Erkenntnis, daß eine Bekämpfung der Unzufriedenheit innerhalb einer Minderheit nur dann Erfolg haben wird, wenn der einzelne Angehörige der Minderheit auch ein erträgliches wirtschaftliches Auskommen hat.

In den einzelnen Siedlungsgebieten des deutschen Volkes außerhalb der Reichsgrenzen sind die Lebensverhältnisse der deutschen Volksgruppen naturgemäß verschieden. In unserer Heimat Posen-Pommern findet der überwiegende Teil der deutschen Volksgruppe seinen Lebenserwerb auf dem Lande. Es ist heute eine bekannte Tatsache, daß annähernd 80 Prozent der deutschen Minderheit in Posen-Pommern irgendwie mit dem Lande verbunden sind.

#### Die Frage der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Volksgruppe in Posen-Pommern ist deshalb eine Frage des deutschen Grundbesitzes.

Nicht überall liegen die Dinge ebenso. In Oberschlesien beispielsweise, wo der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Industrie Beschäftigung findet, wird die Frage der wirtschaftlichen Existenz eine Frage der Beschäftigung deutscher Volksangehöriger in der Industrie sein. Das Gleiche gilt für die Tschechoslowakei, wo die Sudetendeutschen zu etwa 65 Prozent gleichfalls in der Industrie beschäftigt sind. In Oberschlesien und der Tschechoslowakei wird sich also in der Bisher der arbeitslosen deutschen Industriebevölkerung die Not der deutschen Volksgruppe ausdrücken; bei uns aber ist die absolute Höhe der Arbeitslosenziffer kein Maßstab für die materielle Not der deutschen Bevölkerung, da in bürgerlichen Betrieben die Kinder des Besitzers des Grundstückes von dem Grundstück miternährt werden, d. h. in der Arbeitslosenstatistik überhaupt nicht enthalten sind.

Wie steht es nun mit der Behauptung des Posener Korrespondenten der „Gazeta Polska“ — diese Behauptung scheint übrigens dem nationaldemokratischen „Kurjer Poznański“ entnommen zu sein — daß eine Landnot in den

Westgebieten nicht vorhanden sei, daß im Gegenteil der deutsche Grundbesitz sich in den letzten 8 Jahren um eine Fläche von 15 000 Hektar vergrößert habe? Es ist bezeichnend, daß für die Behauptung des „Kurjer Poznański“ Beweismaterial bzw. Quellen für die Besitzvergrößerung der deutschen Minderheit nicht angegeben sind. Es wird auch schwer fallen, hierfür Beweismaterial beizubringen.

Nach unseren Feststellungen hat der deutsche Besitz allein durch Agrarreform seit Bestehen des Gesetzes über 60 000 Hektar Fläche verloren.

Bei dieser Fläche handelt es sich nicht etwa nur um Besitz, der auf der Namensliste gestanden hat, dem Besitzer aber noch nicht endgültig fortgenommen worden ist, sondern im Gegenteil um eine Fläche, die schon endgültig in den Besitz des Staates bzw. neuangeseckter Siedler übergegangen ist. Zu diesem Verlust von über 60 000 Hektar kommt weiter eine Fläche von 11 800 Hektar, die durch den Verkauf ganzer deutscher Güter entstanden ist. Diese Betriebe sind zum größten Teil ebenfalls durch die übergroße Heranziehung zur Agrarreform von ihren Besitzern gänzlich aufgegeben worden. Den Verlust an Land, den die deutsche Volksgruppe in Posen und Pommern also in den letzten 9 Jahren aufzuweisen hatte, darf man demnach allein beim Großgrundbesitz mit einer Gesamtsumme von 71 800 Hektar bezeichnen.

Bei den bisherigen Biffern ist der aus deutscher Hand in polnische übergegangene kleinere Besitz überhaupt noch nicht berücksichtigt. Man wird jedoch in der Annahme nicht fehlgehen, daß in den letzten neun Jahren auch an bürgerlichem Besitz etwa 10 000 Hektar der deutschen Minderheit verloren gingen. Insgesamt wäre das eine Fläche von rund 82 000 Hektar = 820 000 Morgen, eine Fläche also, auf der rund 5 450 deutsche Bauernfamilien oder rund 21 000 deutsche Menschen Ernährungsgrundlage und Unterkommen hätten finden können.

Wenn wir diese Feststellungen treffen, so nur deshalb, um darauf hinzuweisen, wo die deutsche Minderheit heute der Schuh drückt. Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß der Hinweis auf diese Tatsache für die Regierung ein Fingerzeig sein soll, wie das Problem der deutschen Minderheit am schnellsten und leichtesten zu lösen ist. Der Auslandsdeutsche hat in allen Staaten, wo er siedelt, stets einen erheblichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstande des Staatsgebildes, in dem er lebt, geleistet.

Es gibt heute in Polen keinen Deutschen, der nicht auf seinem Platze am wirtschaftlichen Aufbau des in einer schweren Krise befindlichen Staates mitarbeiten möchte. Man gebe ihm dazu nur Gelegenheit, dann wird Unzufriedenheit innerhalb der Minderheit nicht mehr vorhanden sein.

Raumnot und Existenznot — das sind die wahren und un widerlegbaren Tatsachen, die — wie überall in den deutschen Volksgruppen des Auslandes — auch bei uns den Kampf entbrennen lassen. Wer sie nicht wahr haben will, muß die Verantwortung für die Verdrehung dieses klaren Tatsachenbestandes und für die für das Deutschtum sich daraus ergebenden Folgeerscheinungen fragen.

Wenn aber gesagt wird — wie dies die JDV vorgeben will und der Posener Korrespondent des Blattes wiederholt — der Kampf werde um die Weltanschauung geführt, dann ist uns um den Ausgang des Kampfes niemals bange. Nicht diejenigen, die von sich behaupten Nationalsozialisten zu sein, aber entgegen der Erhabenheit dieser Lehre gegen deutsche Volksgenossen unaufhörlich mit Schmutz, Verleumdung, Verdrehung und vager Gemeinheit arbeiten, sich selbst aber pharisäerhaft als Engenbolde hinstellen, sind wirklich Nationalsozialisten, sondern die es in selbstverständlicher Ruhe mit der Tat beweisen.

Darüber lassen wir ruhig einmal die Geschichte unseres Volkstums entscheiden.

#### Ein Erlass des Ministerpräsidenten Göring.

Berlin, 18. Juli. (Eigene Meldung.) Ministerpräsident Göring hat soeben einen Erlass veröffentlicht, der in alle Streitfragen, die in den letzten Monaten zwischen dem Nationalsozialistischen Staat und der katholischen Kirche entstanden sind, eine Klärung bringt.

Der Erlass fordert u. a., daß bei vollständiger Freiheit der Religionsausübung der Kirche nicht das Recht besteht, in Fragen staatspolitischer Natur einzutreten, insbesondere von den Kanzeln Kritik an Staatsinrichtungen zu üben.

In dem Erlass werden ferner alle Streitfragen über Jugendziehung und katholische Jugendziehungsorganisationen geregelt.

Wir werden diesen hochbedeutsamen Erlass des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring in der nächsten Ausgabe in allen Einzelheiten veröffentlichen.

#### Antipolnische Demonstrationen

der Sowjets in Minsk.

Die sowjetrussische Presse hat in den letzten Tagen außerordentlich scharfe Angriffe gegen Polen gerichtet. Den Anlaß dazu bot die 15-Jahresfeier der Befreiung Weißrusslands von den polnischen Truppen. Die „Prawda“ veröffentlicht eine lange Liste angeblicher Grausamkeiten der polnischen Armee in Weißrussland und fordert dann die weißrussischen kommunistischen Organisationen zu erhöhter Wachsamkeit auf, denn „hinter der Grenze lauern der imperialistische Feind des sozialistischen Vaterlandes“.

In Minsk wurde der Jahrestag der Befreiung der Stadt von den polnischen Truppen mit allem Pomp gefeiert. Es fanden nicht weniger als 30 verschiedene Versammlungen statt. Alle Reden, die gehalten wurden, trugen ausgesprochen antipolnischen Charakter und dienten der Stimmmusik gegen Polen. Es formierte sich dann ein Zug von etwa 80 000 Menschen, die durch die Stadt marschierten. Es wurden anti-polnische Lieder gesungen und Transparente mitgetragen mit Aufschriften, die sich gegen Polen richteten. Das polnische Konsulat in Minsk mußte scharf bewacht werden, um Ausschreitungen zu verhindern. An Stalin und Borschtschow wurden Telegramme gerichtet, in denen es heißt, daß die Tagungsteilnehmer die weißrussische Erde gegen den polnischen Imperialismus bis zum letzten Blutstropfen verteidigen würden.

#### „Vive la France“ in Warschau.

Aus Anlaß des französischen Nationalfeiertages wurde im Sitzungssaal des Warschauer Magistrats eine von der Föderation der polnisch-französischen Vereine veranstaltete Akademie abgehalten. Aufsehen erregte die französentreuende Erklärung des Vorsitzenden des Außenausschusses, des Fürsten Janusz Radziwiłł, der in seinen letzten öffentlichen Kundgebungen Frankreich gegenüber eine ziemlich kritische Haltung eingenommen hatte. Fürst Radziwiłł begrüßte einleitend den neuen französischen Botschafter in Warschau Émile Noël auf das herzlichste und wies auf die festen Freundschaftsbande hin, welche die polnische Nation mit Frankreich verknüpft.

Die gemeinsamen Ziele der Politik unserer beiden Länder, fuhr Fürst Radziwiłł fort, sind die Festigung des Friedenswillens, der sich auf die Unantastbarkeit der Grenzen und Rechte stützt. Polen wünscht ein starkes und mächtiges Frankreich, welches nicht sein eigenes Schicksal mit fester Hand lenken, sondern auch das Schicksal der Welt im Sinne seiner Traditionen beeinflussen würde. Mit einem „Vive la France“ schloß Radziwiłł seine bedeutsame Erklärung, die mit großem Applaus von den Versammelten entgegengenommen wurde.

Die gesamte Warschauer Presse äußert ihre Genugtuung über den friedlichen Verlauf des französischen Nationalfeiertages und erklärt u. a., daß die Französische Nation ihre Disziplin bewiesen habe. Der regierungsfreundliche „Kurjer Czerwony“ bemerkte, daß die Französische Nation am Tage der großen Kundgebungen den Beweis erbracht habe, daß sie die Stärke der geschwächten Autorität des Staates anstrebe.

#### Zwei Millionen Menschen

auf der Flucht vor dem Hochwasser.

Der Gelbe Fluss ist in der Schantung-Provinz in den letzten Tagen um 1½ Meter gestiegen. In einem Anruf an die Bevölkerung erklärt der Gouverneur, daß die Lage noch niemals so ernst und bedrohlich gewesen sei. An nördlich 1000 Dörfern seien völlig überflutet. Die Zahl der Flüchtlinge betrage 2 Millionen. Das Überschwemmungsgebiet zwischen Jangtschung und Anyeh hat eine Ausdehnung von 80×320 Kilometern. Nach der Mitternacht im Frühling sind jetzt alle Höfe auf einer zweiten Ebene zerstört. Auch im Jangtse-Gebiet ist die Lage sehr ernst. In Hankow sind alle Einwohner aufgeboten worden, um an der Verstärkung der Deiche mitzuarbeiten.

# Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bromberg, 18. Juli.

## Wechselnd bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei unveränderter Temperatur an.

## Ferienkinder kehren heim.

Am 19. Juli, früh um 4.30 Uhr, trifft in Posen der Grenzmarktransport ein, der am 18. Juni früh ausgereist ist.

Am 20. Juli, früh um 4.47 Uhr, trifft der 1. Feriensonderzug in Posen von Berlin aus ein.

Am 22. Juli, um 17.12 Uhr, trifft der Sondertransport aus Breslau in Posen ein.

Am 22. Juli, um 22.06 Uhr, trifft der Ostpreußentransport in Posen ein.

Am 27. Juli, früh um 4.47 Uhr, trifft der 2. Feriensonderzug in Posen von Berlin aus ein.

Am 30. Juli, früh um 4.47 Uhr, trifft der 3. Feriensonderzug in Posen von Berlin aus ein.

Am 3. August, früh um 4.47 Uhr, trifft der 4. Feriensonderzug in Posen von Berlin aus ein.

Aus dem Rheinland und Westfalen treffen am 25. Juli, früh um 1.55 Uhr, die Kinder in Posen ein, die zu ihren Verwandten in Polen eingeladen sind.

Der Rücktransport der deutschen Ferienkinder, die am 27. Juni früh in Posen ankamen, findet am 5. August um 22.00 Uhr von Posen aus statt.

## Von Spazieren, Nachtigallen und Hundstagen...

### Steuerliche Merkwürdigkeiten im Posener Lande.

Haben Sie, verehrter Herr, schon einmal von einer Sperlingssteuer gehört? Oder haben Sie schon irgendwann einmal eine Nachtigallensteuer gezahlt? Sie halten das natürlich für eine Scherfrage; gewiß sie ist nicht alltäglich! Aber diese Vogelsteuer ist im Posener Lande hier und da veranlagt und — gezahlt worden.

Nun soll man nicht etwa glauben, daß sie eine Steuer für geistig Mehr- oder Minderbemittelte gewesen. Bei der Vogelsteuer ging man von anderen Voraussetzungen aus. Die Sperlingssteuer z. B. führte man deswegen ein, weil man die Spazieren für schädlich hielt; also verpflichtete man hier und da die Bewohner zur Abgabe einer bestimmten Anzahl Sperlingsköpfe im Jahr, die sie jedoch durch Zahlung einer Geldsumme ersehen konnten. Was tat man da nicht lieber, als statt zu zahlen, Spazieren den Kopf abzudrehen!

Als man aber nach und nach gewahrte, daß mit Abnahme der Sperlinge sich Raupen und andere Insekten mehrten, da bestreite man die Bewohner wieder von der Lieferung der Sperlingsköpfe. Die Geldabgabe aber ließ man bestehen! Und so zahlten die Posener lange Zeit eine Steuer, die überhaupt keine Berechtigung hatte.

Die Nachtigallensteuer war aus ganz entgegengesetzten Gründen entstanden. Man sagte sich da nämlich, daß die Nachtigallen durch ihr Singen und Zerstören der Raupen nicht nur nützlich, daß sie aber durch ihren Gesang auch „angenehm“ seien. Und um dem Absingen derselben und dem Raub der Reiter kräftig vorzubeugen, legte man auf das Halten der Nachtigallen in Käfigen eine Steuer. Die Nachtigallennester plünderte man natürlich trocken weiter und die Nachtigall wurde des Staatschutzes eben so wenig gewahr, wie ehedem. Auf den Gedanken, das Fangen und Halten der Vögel überhaupt zu verbieten, kam man nicht! Man hätte ja dann auch auf die Steuereinnahme verzichten müssen und wer tut das gern... Eingetrieben wurde diese Abgabe nach dem Bericht eines Chronisten noch um die fünfzig Jahre des vorigen Jahrhunderts!

Sind wir schon einmal bei merkwürdigen Steuern, dann soll auch noch von einer anderen Tiersteuer, nämlich der Hundesteuer, die Rede sein! Diese ist ja auch in unseren Tagen ein umkämpftes Objekt geblieben und es mag sonderbar anmuten, daß die Abgabe in unserer Zeit überhaupt noch besteht.

Interessant sind die Ansänge dieser Steuer! Sie greifen auf jene Seiten zurück, da Scharfrichter und Abdecker im Posenschen die Befugnis erlangten, Hunde während der heißen Sommertage auf den Straßen aufzufangen und gegen Zahlung einer von ihnen geforderten Summe herauszugeben. Dadurch sollte dem Umherlaufen herrenloser Hunde und dem Entstehen und Umschreiten der Tollwut vorgebeugt werden. Dies Privilegium der Scharfrichter und Abdecker bewog nun die Stadthöorden, Sicherheitszeichen für die Hunde während der für sie gefahrvoollen Tage — man nannte sie Hundstage — zu verkaufen. Die mit einem Zeichen versehenen Hunde durften dann weder gefangen noch getötet werden. Die für die Sicherheitsmarke gezahlte Summe war nun noch keine Steuer im eigentlichen Sinne, stand doch jedermann frei, eine solche Marke zu kaufen oder nicht. Man konnte ja seinen Hund auch dadurch sichern, daß man ihn während der Hundstage einsperkte und nicht auf die Straße ließ.

Mit der Zeit kam man dann allerdings auf den Gedanken, Hunde überhaupt zu besteuern. Man führte in allen größeren Städten eine regelmäßige Hundesteuer ein, die für gewisse Kommunalzwecke bestimmt war. In Posen fand eine erstmalige Besteuerung der Hunde am 1. Januar des Jahres 1846 statt und die Eingänge sollten dazu verwendet werden, die Bürgersteige auf den Straßen und Marktplätzen mit breiten Steinen zu versetzen. Erfreut waren die Posener darüber keineswegs; sie jammerten und schimpften und legten stammenden Protest ein — was halb, die Hundeluxussteuer mußte doch bezahlt werden.

Im Jahre 1891 wurde die Hundesteuer in der Brahestadt eingeführt und es braucht wohl hier nicht weiter gesagt zu werden, wie die Bromberger dieser neuen Belastung begegneten... In unzähligen Zeitungsberichten räumten sie gegen den Magistratsbeschuß an — vergeblich! Und so zahlten sie diese Steuer noch bis in den heutigen Tag hinein.

Wir möchten hier nur noch kurz den Chronisten zitieren, der mit seinen Worten wohl das Richtige getroffen hat: „Viele hundert und tausend Luxusartikel sind steuerfrei und müssen steuerfrei bleiben, wenn man nicht dem Mittelalter zuschreiten will, wo Kleiderluxus, Hochzeitssluzus und dergleichen ebenfalls versteuert wurde — also muß auch die Hundeluxussteuer verschwinden!“ Und

sie ist im Verschwinden, auf der Hälfte des Weges zum Nichtvorhandensein! Man wird dann auch über diese Steuer mal lächeln den Kopf schütteln, wie wir heute über die Spazier- und andere Geschichten lächeln: Eine merkwürdige Zeit — eine merkwürdige Zeit...!“

**§ Festnahme von zwei Finanzbeamten.** Eine Sonderkommission der Finanzkammer in Posen ist Unregelmäßigkeiten bei hiesigen Finanzämtern auf die Spur gekommen. Im Verlaufe der Untersuchung wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zwei Finanzbeamte verhaftet, die sich des Vergehen einer Bestechung und der Beseitigung von Akten schuldig machten. Es soll sich um Beamte handeln, die ihren Posten dazu missbrauchten, eingegangene Steuererklärungen so zu erledigen, daß sie sich von dem Steuerzahler Beträge zahlten ließen und dann die betreffenden Akten des Steuerzahlers beseitigten, so daß Exekutionen usw. nicht mehr stattfinden konnten. Die Untersuchung wird fortgeführt.

**§ Einen Beinbruch zugezogen** hat sich der 62jährige Eisenbahnfacharbeiter Biurański, Gartenstraße (Ogrodowa) wohnhaft. Er hatte sich nach Ostromęcko begaben, um an der Weichsel Fische zu angeln. Als er durch die Kempen schritt, stürzte er so unglücklich, daß er sich einen Beinbruch zuzog. Man schaffte ihn mit der Eisenbahn nach Bromberg, wo er in das Diakonissenhaus eingeliefert wurde.

**§ Unvorsichtige Knaben** spielten auf den Brücken in der Nähe der Stadtschleuse mit Steinen Fußball. Dabei wurde die Verkäuferin Maria Skrzypiec, Rosenstraße (Różanna) 28 von einem Stein gegen das linke Bein getroffen. Die Verletzung war so schwer, daß sie in das Städtische Krankenhaus geschafft werden mußte.

**§ Infolge Entkräftigung zusammengebrochen** ist ein etwa 25-jähriger Arbeitsloser in der Nähe der Klarissenkirche. Vorübergehende nahmen sich seiner an und schafften ihn in das Städtische Krankenhaus. Der Zustand des Einlieferten ist bedenklich.

**§ Zu einer Schlägerei** kam es in der Thornerstraße zwischen einem Portier und einem Mieter, wobei der letztere nicht unerheblich am Kopf und im Gesicht verletzt wurde. Er mußte sich in das Krankenhaus begeben.

**ss. Gnesen**, 16. Juli. Die Untersuchungen wegen der Unterschlagungen in der hiesigen Kreditbank in Höhe von 18 000 Złoty sind beendet. Während Florjan Kasprzycki auf freiem Fuß gesetzt wurde, bleibt der Angeklagte Alfons Stelter weiter in Untersuchungshaft.

**z Gnesen** (Gniezno), 17. Juli. Am Sonnabend, dem 13. Juli veranstaltete die Jugendgruppe der Deutschen Vereinigung im Bivilskino ein Sommerfest, zu dem die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Den Höhepunkt des Festes bildete die Aufführung von zwei Theaterstücken, durch die die Spieler lebhafte Beifall ernteten. Dann trat der Tanz in seine Rechte.

**z Nowy Tomyśl**, 17. Juli. Ein Angestellter einer hiesigen Gelbgießerei hat sich in selbstmörderischer Absicht die Arteren beider Hände mit einem Stück Glas aufgeschnitten. Man fand ihn bewußtlos auf. Der Lebensmüde wurde sofort in das hiesige Kreiskrankenhaus geschafft, wo er mit dem Tode ringt.

**Auf dem Grundstück des Besitzers Wawrzyn Trzeciński** in Boguszycy bei Aleksandrowice entstand aus bisher unbekannter Ursache ein Feuer. Durch den starken Wind erschien das Feuer nacheinander auch die Besitzungen der Nachbarn Studziński, Marcinkowska, Rybicka, Wesołowski, Zabłotowa und Pawarski, so daß fünf Wohnhäuser, vier Ställe und zwei Scheunen im Gesamtwerte von 25 000 Złoty verbrannten. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

**z Mogilno**, 17. Juli. Plötzlich die Sprache verloren hat die Frau des Arbeiters Pachura in Kaisersfelde (Dombrowa Domäne). Die junge Frau bestieg die Bodenleiter, von der sie abstürzte und sich einige Verletzungen am Halse zuzog und dabei die Sprache verlor.

**z Nakel**, 16. Juli. Zum 25-jährigen Bestehen des Nakeler Handwerkerbundes fand hier im Schützenhaus ein Militärkonzert statt, das von den Nakeler Bürgern sehr zahlreich besucht war. Nach einigen Vorträgen der einzelnen Gewerkschaften fand im Schützenhausaal ein Vergnügen mit Tanz statt.

**z Posen**, 17. Juli. Die Arztliche Rettungsvereitschaft hat ein viertes Sanitätsauto beschafft, das Sonntag vormittag in der fr. Pauli Kirche 7 in Gegenwart des Stadtpräsidenten Wieczkowski durch den Pfarrer Krzeminski eingeweiht wurde.

Nach einer amtlichen Revision des Arbeitszondusfundus wurde der Kassierer Piotrowski auf Grund festgestellter Unregelmäßigkeiten seines Amtes entbunden.

Die augenblicklich ausgezeichnete Konjunktur im hiesigen Malergewerbe versuchen die Geißelten zur Erlangung höherer Löhne auszunutzen. Sie haben an die Meister die Forderung eines Stundenlohnes von 90 Groschen gestellt, und es sind, da diese abgelehnt wurde, gestern im ganzen gegen 300 Arbeiter in den Ausstand getreten. Leider haben sich die Außändigen bereits zu Ausschreitungen gegen Arbeitswillige (bisher Arbeitslose) hinreihen lassen und sie zur Niederlegung der Arbeit in der früheren Capriivstraße gezwungen. Die von diesen bereits verrichteten Arbeiten haben sie vernichtet!

In der Gummirifenfabrik "Stomil" kam gestern der 26jährige Arbeiter Stanisław Teusler aus Lubau mit dem rechten Arm in die Walze, so daß ihm der Unterarm vollständig zerquetscht wurde. Er wurde dem Stadtkrankenhaus zugeführt.

Der wiederholte vorbeitraute Dieb Leo Braun von hier war zu einem Gastspiel nach Grätz gefahren, dort aber auf frischer Tat erwischt und in Polizeigewahrsam genommen worden. Aus Furcht vor der Strafe verübte er nichts Selbstmord durch Erhängen.

Einen Selbstmordversuch unternahm Sonnabend nachmittag die unverheiratete Valeria Pawłowska aus Pawianice, nachdem sie sich hier vergeblich um Arbeit bemüht hatte, indem sie in der Nähe des Schlosses in die Warthe sprang. Sie wurde von Männern, die in der Nähe badeten, an Land gebracht und der Rettungsbereitschaft übergeben.

In der Ecke der fr. Hohelose- und der fr. Bitterstraße wurde am Sonnabend die 62jährige Daniela Wojciechowska aus der Hohelosestraße 18 beim Überqueren des Fahrdamms von einem Personenkraftwagen aus Zabłotowo überfahren und so schwer verletzt, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung im St. Josefskrankenhaus starb.

Die 62jährige Aufwartefrau Zubczyńska hat ihre zweizimmerige Wohnung und Küche im Hause fr. Schießstraße 9 vermutlich im geistesgestörten Zustande bis an die Decken mit Gemüß angefüllt und eine Brutstätte für allerlei Ungeziefer eingerichtet, so daß die Polizei jetzt eingreifen mußte. Die Beseitigung des Unrats wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

**z Sadki** (Sadki), Kreis Wirsz, 17. Juli. Ein großes Schadensfeuer entstand bei dem Besitzer Kowalski in Hermannsdorf (Radziez). Die große Scheune und zwei Ställe brannten völlig nieder. Das Vieh sowie das Wohnhaus konnten dank der hergerichteten Wehr gerettet werden. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht geklärt.

**z Tremesien**, 17. Juli. Da ein Steigen der Zahl der Verbrecher im Kreise Mogilno zu verzeichnen ist, die in den vorhandenen Gefangenengräben nicht untergebracht werden können, haben die Gerichtsbehörden die Absicht, vom ehem. hiesigen Gefangenengebäude wieder Gebrauch zu machen. Laut des Kostenanschlags eines Architekten würde der innere Umbau deselben etwa 900 Złoty kosten. Ferner hätte die Stadt für die Unterkunft der heute darin wohnenden 90 Familien mit 300 Köpfen, zum Teil Stadtarme, sorgen müssen. Das Ministerium hat jedoch den Umbauplan des hiesigen Gefangenengräbes nicht bestätigt. Dafür wird das Wittlowo Gefängnis vergrößert, wo die Umbaukosten nur 3000 Złoty betragen sollen.

**ss. Znin**, 16. Juli. Durch ein auf dem Gehöft des Landwirts Jan Kulpinski in Góra entstandenes Feuer brannte dessen Wohnhaus und der Schuppen des Jan Kósmider ab. Der Schaden beträgt 3000 Złoty. — Vom hiesigen Burggericht wurden der 24jährige Bulcer aus Juncowo und der 30jährige Skora aus Gnesen wegen mehrerer Jahrmarktdiebstähle zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

## Dänemarks Ministerpräsident warnt vor Hetzpropaganda.

Der dänische Staatsminister Stanning hielt am Sonntag in Apenrade eine politische Rede, die sich mit dem angekündigten Bauernmarsch zum Kopenhagener Schloß und mit dem Verhältnis zu Deutschland befaßte.

Der Staatsminister ging u. a. auf die besondere landwirtschaftliche Notlage im dänischen Nordschleswig über und versprach eine Fortsetzung der Stützungs-politik der Regierung: „Ich wiederhole bei dieser Gelegenheit meinen Hinweis darauf, daß die verantwortlichen deutschen Stellen Abstand genommen haben von allen unverantwortlichen Aussagen über eine deutsch-dänische Grenzrevision.“

Wir haben sowohl das Recht wie die Pflicht, den deutschen Befürherungen zu glauben, aber um so mehr müssen wir gleichzeitig die Bevölkerung innerhalb der Grenzen unseres Landes warnen vor einer

### Propaganda, die verräterisch gegen Dänemark und illoyal gegen Deutschland

ist. Wir haben die größten Zugeständnisse gemacht bezüglich kultureller Freiheit, die je geleistet worden sind und wir beanspruchen keinen Damit dafür, sondern nur Loyalität und Ehrlichkeit dem Land gegenüber, dem wir angehören. Wir haben, wie ich nochmals betone, keinen Grund, Angriffe von verantwortlicher deutscher Seite zu erwarten und

**Ich warne noch einmal vor Angriffen auf deutsche Stellen.**

Die notwendige Grenzbewachung wird Dänemark wahrnehmen, aber eine militärische Panik und Aufrüstung stimmen nicht überein mit des dänischen Volkes Wollen und Interessen.“

Die vom dänischen Staatsminister erwähnte großzügige Minderheitenpolitik wird auch von Deutschland gegenüber der kleinen dänischen Minderheit in Schleswig verfolgt. Die antideutsche Propaganda im übrigen Skandinavien sucht leider häufig das Faktum zu vertuschen, daß dieser wichtigste Charakterzug der deutsch-dänischen Grenzpolitik auf Gegenseitigkeit beruht.

## 16 Athleten kämpfen um den Titel eines Meisters von Pommerellen.

Eröffnung des internationalen Ringkampftourniers

in der Resursa Kupiecka.

Bromberg erwartet in Kürze eine Sensation, und zwar die alljährlich in der Resursa Kupiecka stattfindenden internationalen Ringkämpfe um die Meisterschaft von Pommerellen und um den Pokal des Zentralverbandes der polnischen Ringkämpfer, der auch dieses Turnier veranstaltet. Am kommenden Sonnabend werden die befähigten Athleten der Welt an diesem Turnier antreten. Eine der größten Attraktionen dürfte die sein, daß schon am ersten Tage in Europa bekannte polnische Riese aus Oberösterreich Leon Grabowski antreten wird. Er konnte in letzter Zeit verschiedene sensationelle Siege in Österreich, der Schweiz, Deutschland, der Türkei, Frankreich, Belgien usw. erringen. Die gesamte Sportpresse, mit dem "Przegląd Sportowy" an der Spitze, ist sich darüber einig, daß Grabowski stärker als Leon Pineck ist. Man glaubt in ihm, zumal er auch jung ist, den zukünftigen Weltmeister zu sehen. Grabowski ist 2,22 Meter groß und 125 Kilogramm schwer. Dabei ist er erst 26 Jahre alt. Außerdem werden antreten: Der amerikanische Ringer William Thomson, der auch aus vielen Filmen bekannt ist, ferner der Italiener Tramaglini, die Deutschen Schikat und Kaiser, ferner der Russ Włodzimierz Bezzia.

Das diesjährige Turnier findet unter dem Protektorat und der Kontrolle des Zentralverbandes der polnischen Ringkämpfer statt und verspricht sehr interessant zu werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil es sämtlich neue Kräfte sind, die zum ersten Male in Bromberg kämpfen werden.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 18. Juli 1935.

Krakau — 3.15 (- 3.16), Jawischost + 1.26 (+ 1.21), Warschau + 1.00 (+ 0.01), Błocie + 0.65 (+ 0.65), Twarda 0.50 (+ 0.53), Jordan + 0.59 (+ 0.49), Culm + 0.32 (+ 0.34), Graudenz + 0.56 (+ 0.57), Kurzbratt + 0.77 (+ 0.70), Piešťany — 0.08 (+ 0.06), Dirszau — 0.19 (+ 0.16), Einlage + 2.34 (+ 2.30), Schiewenhorst 2.60 (+ 2.58). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arnold Strzelecki; für Stadt und Land und den Außen- und Auslands-Teil: Marion Heyke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Tittmann & o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage "Der Hausfreund"



Am Dienstag, dem 16. Juli 1935,  
sand den Tod beim Baden in der  
Weichsel unser liebes Mitglied, Herr

## Josef Draw

im Alter von 25 Jahren.

Wir verlieren in ihm einen guten Kameraden,  
dessen Andenken stets bei uns fortduern wird.

### Graudenzer Ruderverein.

## Grabdenkmäler

Umfassungen, Kreuze,  
Tafeln jeder Art  
beste Ausführung  
am billiesten bei

J. Raczkowski  
Bydgoszcz, M. Focha 36.

Freiwilliger Berlauf.

Am 20. Juli verkaufe  
ich an den Meistbietenden  
gegen Barzahlung  
**meine Wirtschaft**

von 75 Morgen mit  
lebendem und totem  
Inventar.

5418

**Feliks Melkowstki**

Kadzyn wies.  
powiat Grudziądz.

Am 26. Juli 1935 er-  
folgt in Chojnice im  
Sob Grudziądz, Zimmer 11,  
d. Zwangsversteigerung  
eines 186 Mrg. großen

**Roschneider-**  
**grundstück**

Karte 12, Grundsteuer

56 - M., gelegen in

Lichnau.

5242

Roschneider Lichnau.

Engl. Konversation

Herrn. Frankego 3, 11.

Nr. 23, Wohnung 2,

sofort zu melden.

5449

2093

Erfolgr. Unterricht

in Englisch u. Französisch  
erteilen L. u. A. Turbars  
Cieszkowskiego 24, I. fls.

(früh 11). Französisch-

englische Übersetzung

Langjähr. Erfahrung in

England u. Frankreich.

3940

**Einkoch-**

Gläser

und sämtliche

Zubehör-

teile

empfiehlt 4972

F. Kreski,

ul. Gdanska 9.

**Möbel**

stets preiswert.

2290

R. Rata, Kościuszki 8.

## Zeugen

die den Zusammenstoß  
eines Radfahrs mit  
einem Auto am Montag,

dem 15. d. Mts.,

nachmittags zwischen

4 und 5 Uhr, an der

Ronarstraße- und Za-

giellonstraße. Ede ge-

sehen haben, werden

höflich gebeten, sich bei

Loepke, Babia wies.

Nr. 23, Wohnung 2,

sofort zu melden.

5449

zu melden.

5449

Leinen-Pläne

empfiehlt

5455

Be-De-Te

Bydgoszcz, Gdanska 15.

5455

Sportverein

KLUB

ABZEICHEN-

FABRIK

P. KINDER

Bydgoszcz

Dworcowa 43

Tel. 10-08

5017

ERIKA

die erfolgreichste und

meistverbreitete deutsche

Kleinschreibmaschine

in neuesten Ausführungen

zu haben bei:

5104

Skóra i S-ka.,

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 23.

5104

Lack — Farben

en gros

am billigsten bei

detail

beon Rzeszowski,

Bydg., Marsz. Focha 14.

Telefon 14-27,

1111

Erich Czarnecki.

2277



zu haben bei:

5104

Skóra i S-ka.,

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 23.

5104

Den wert. Volksgenos.

empfiehlt f. Ausflüge u.

Geschäftsräumen meinen

Wagen, Tore Nr. 9

Tel. 1931 u. 2251.

Erich Czarnecki.

2277

1111

Lack — Farben

en gros

am billigsten bei

detail

beon Rzeszowski,

Bydg., Marsz. Focha 14.

Telefon 14-27,

1111

Erich Czarnecki.

2277

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

1111

Bromberg, Freitag, den 19. Juli 1935.

## Pommerellen.

18. Juli.

## Graudenz (Grudziadz)

Schwimmen können soll jetzt jeder Polizist.

Alljährlich gehen, wie überall, so auch bei uns Menschen durch Ertrinken zugrunde. Nicht überall jedoch besteht eine ständige Wasserwache, die in gefährlichen Fällen eingreifen und das Leben vom Tode im Wasser bedrohter Badender zu retten vermag. Auch in Graudenz bestand bisher eine solche Schutzeinrichtung nicht. Da wird man mit Anerkennung die Nachricht vernehmen, daß das Hauptkommando der Staatspolizei die Initiative ergriffen hat, in den Reihen der Polizeifunktionäre einen angemessenen Rettungsapparat zu organisieren. Von nun an soll jeder Schuhmann, der bis jetzt des Schwimmens noch nicht genügend kundig war, sich diese Kenntnis aneignen, um in Fällen von Ertrinkungsgefahr Badender oder bei Wasseraufnahmen ins nasse Element Geratener zum hilfreichen Hinzuspringen bereit und vor allem fähig zu sein. Diejenigen Polizeibeamten, die in der Schwimmausbildung die größte Fähigkeit erreichen, werden sodann einen Kursus zur speziellen Ausbildung im Rettungswesen absolvieren. Die Verpflichtung zur Erlernung des Schwimmens haben sowohl die Schuhleute wie die Offiziere der Polizei. Was die Schwimmabgänge nun speziell in Graudenz anbetrifft, so hat der Kommandant der Staatspolizei für Stadt und Kreis Graudenz, Kommissar Nowak, bereits die zur Errichtung des Kursus nötigen Schritte getan, und in diesen Tagen nehmen die Unterweisungen und Übungen ihren Anfang.

× **Ansteckende Krankheiten.** Im Laufe der letzterverflossenen Woche wurden in unserer Stadt drei Fälle von ansteckenden Krankheiten notiert, und zwar ein Fall von Scharlach und zwei von Tuberkulose; letztere beiden hatten tödlichen Ausgang.

× Zum Besuch der ministeriellen Kommission in Graudenz und Umgegend, worüber wir berichtet haben, ist noch nachträglich die Tatsache erwähnenswert, daß die Kommission auch den Landwirt Siebrandt in Bratwin aufgesucht hat, um sich über die Pferdezucht unserer Niederung zu orientieren. Herr Siebrandt stellte der Kommission 16 Stubbuchstüten und Remonten (eigene und von verschiedenen Züchtern) vor. Die Kommissionsmitglieder zeigten sich von dem Gesehenen sehr befriedigt und gaben ihrer Anerkennung über Rasse und Ausgeglichenheit des ihr vorgeführten Pferdematerials aus. Besonders zeichnete sich die Nachzucht der Hengste „Orlan“ und „Chalon“ aus.

× Ein neues Weichselopfer. Dienstag abends gegen 7 Uhr badeten an einer Sandbank bei Böslershöhe zwei biegelehrte junge Leute. Der eine der beiden, der 25-jährige Bureauvorsteher Josef Dramaß aus Graudenz, ging, vermutlich infolge Herzschlags oder Krampfanfalls, plötzlich unter und kam nicht mehr zum Vorschein. Sein Freund versuchte ihm schmunzlig Hilfe zu bringen, konnte ihn aber nicht mehr retten. In der Nähe befindliche Fischer bemühten sich, den Untergangenen aufzufinden und zu bergen, leider aber ohne Erfolg.

× Von einem Polizeibeamten bemerkt wurde Dienstagabend in der Mühlenstraße (Młyńska) ein zwei, 2 Meter lange Stangen tragender Mann. Als dieser des Schuhmanns ansichtig wurde, warf er seine Last hin und flüchtete. Wie festgestellt wurde, hat der Dieb die Stangen aus Bänken der dortigen Rosenanlagen herausgebrochen und gestohlen.

× Verschwunden ist seit dem 11. d. M. aus der elterlichen Wohnung, Schützenstraße (Marz. Hoch) 11, der 15-jährige Bronislaw Schröder. Er entfernte sich an diesem Tage und kehrte nicht mehr zurück. Mitteilungen über ihn werden an die nächste Polizeibehörde erbeten.

× Mittels Einbruchsdiebstahls wurden am Mittwoch voriger Woche dem Besitzer Gutknecht in Bokowiz, Kreis Graudenz, aus dem Keller der dort aufbewahrte Speck von einem 4-Zentner-Schwein, ferner ein Paar pelzgefütterte Stiefel und einige präparierte Kästen entwendet. Der Bestohlene ist dadurch um einen Wert von mehr als 100 Złoty geschädigt worden. Bald darauf statteten nachts dem gleichen Landwirt aufs neue Langfinger einen Besuch ab und stahlen ihm u. a. aus dem Keller ein größeres Quantum Kartoffeln.

## Thorn (Toruń)

× Von der Weichsel. Gegen den Vortag um drei Bentiometer weiterhin abgenommen, betrug der Wasserstand Mittwoch früh 0,53 Meter über Normal. Die Wasserwärme ging von 15,6 auf 15,1 Grad Celsius zurück. Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig machten hier Station die Personen- und Güterdampfer „Balty“ und „Saturn“ bzw. „Hetzman“, in umgekehrter Richtung „Faust“ bzw. „Stanisław“ und „Halka“. Aus Danzig kommend traf Schlepper „Minister Lubecki“ mit zwei Kähnen mit Stückgütern im Weichselhafen ein. Aus Graudenz langte der Dampfer „Fredro“ hier an, und aus Bromberg Schlepper „Goplana“ mit zwei mit Stückgütern beladenen Kähnen. Es ließen aus: „Goplana“ mit fünf mit Zucker und Stückgütern beladenen Kähnen und „Königswarze“ mit zwei Kähnen mit Mehl nach Warschau, „Konarski“ mit zwei leeren Kähnen nach Danzig, „Goplana“ ohne Schleppzug nach Bromberg, „Fredro“ mit einem Kahn mit Mehl nach Włocławek.

× Apotheken-Nachdienst von Donnerstag, 18. Juli, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 25. Juli, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagessdienst am Sonntag, 21. Juli, hat die „Löwen-Apotheke“ (Apteka pod Łwem), Elisabethstraße (ul. Król. Jadhigi) 1, Fernsprecher 1269.

× Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich am Dienstag die verheiratete Stefania Drzewicka von hier zu verantworten. Der Angeklagten wird zur Last gelegt, in zwei Fällen, und zwar im Juni und August 1934 beleidigende Äußerungen mit Bezug auf die

Nichter des Bezirksgerichts in Thorn gemacht zu haben. Die Angeklagte wurde dafür von dem hiesigen Burggericht zu drei Wochen Haft und 100 Złoty Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte die Angeklagte Berufung ein. Im heutigen Termin bestätigten die Zeugen ihre in erster Instanz gemachten Aussagen. Auf Grund dessen bestätigte der Gerichtshof das erstinstanzliche Urteil. \*\*

\* Ihren schweren Verlebungen erlegen ist in der Nacht zum Dienstag im Stadtkrankenhaus die 54jährige Janina Dybowśka, die am 12. d. M. in der Hindenburgstraße (ul. 3 Maja) das Opfer eines Verkehrsunfalls wurde. Eine polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

v Zusammenstoß. Dienstag vormittag fuhr in der Breitestraße (ul. Szeroka) ein Bierwagen der Brauerei Kunterstein infolge Scheuversagens des Pferde gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 1, wobei lediglich die Wagenbeschleunigung brach. Der Verkehrsunfall ist Gegenstand einer polizeilichen Untersuchung. \*\*

v Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag auf der Chaussee in Leibitsch (Lubisz) hiesigen Kreises. Hier überfuhr ein Rechtsanwalt aus Thorn mit seinem Personenauto das dreijährige Kind des Arbeiters Rygielski aus Leibitsch, das auf der Stelle tot war. Ermittlungen sind im Gange.

v Brand im Straßenbahnhwagen. Dienstag nachmittag brannte in einem Straßenbahnhwagen der Linie II ein Kabel durch, wobei der Motorfahrer Konstant Napolski leicht verbrannte. Der beschädigte Wagen mußte abgeschleppt werden.

+ Wegen versuchter Raublaufführung von Falschgeld, Bekleidung des Andenkens des verstorbenen Marschalls Piłsudski und Diebstahls erfolgte am Dienstag die Festnahme von je einer Person, die zusammen mit einer zwecks Feststellung der Personalien festgehaltenen Person vorläufig im Polizeigewahrsam behalten wurden. Eine gegen die sitzenpolizeilichen Vorschriften zu widerhandelnde Person wurde der Burgstaroste angeführt. Außerdem mußten drei bezeichnete Personen den Weg zur Wache antreten, von denen zwei nach erfolgter Ausnüchterung gleichfalls der Burgstaroste überwiesen werden mußten. — Zur Anzeige und Protokollierung gelangten diesmal lediglich vier verschiedene kleinere Diebstähle, von denen zwei aufgedeckt werden konnten, sowie vier Zuiderhandlungen gegen die polizeilichen Verwaltungsvorschriften. \*\*

**In Danzig**  
nimmt unsere Filiale von  
Tel. 21984 **H. Schmidt, Holzmarkt 22 Tel. 21984**  
**Insetrate und Abonnements**  
zu Originalpreisen für die  
„Deutsche Rundschau“  
entgegen.  
Berlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die  
„Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

## Eine günstige Entwicklung

nimmt das bekannte pommerellische Dorf Gródek. Dazu trugt in erster Linie die schon vor dem Weltkriege dort gejähmte Überlandzentrale bei, die gegenwärtig etwa 100 Personen beschäftigt und einen erheblichen Teil unserer Wojewodschaft mit elektrischem Strom versorgt. Der früher rein landwirtschaftliche Ort nimmt gegenwärtig nach und nach die Zeichen eines gewerbeleichten Aufenthalts für Sommergäste anstrebbenden Dorfes an. Die Bauläufigkeit hat regen Charakter. In dieser Saison werden dort nämlich nicht weniger als 9 Gebäude errichtet, im vergangenen Jahre waren es deren 6. Angesichts des Mangels der genügenden Zahl Bauplätze im Dorfe ist man an die Finanzierungnahme des rund 18 Morgen großen Privatwaldes herangetreten, und hier entsteht ein neuer Teil des Ortes mit Läden und Unterbringungsgelegenheiten für Sommergäste.

ch. Berent (Koscierzyna), 17. Juli. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Anwesen des Landwirts Cischke in Kłobochin bei Berent, indem beim Heuaufladen bezw. Abnehmen der Bündel seinen etwa 14-jährigen Sohn die Heugabelzinke ins linke Auge traf, das Gehirn durchschlug und oberhalb der Schädeldecke herausdrang. Der Bedauernswerte erlag nach kurzer Zeit seiner schweren Verlebung.

Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war mittelmäßig besucht und beschickt. Für Kühe zahlte man 120—200, Jungvieh 70—100, Bullen 150—200, Pferde 100—250, Schafe 300—425, Schafe 12—20, das Paar Ferkel 16—24 Złoty. Lebensmittel: Butter 0,80—0,90, Eier 0,75—0,80, das Pfund frische Kartoffeln 10 Groschen.

\* Culmsee (Chełmża), 17. Juli. Ein unerkannt entkommer Täter entwendete das Fahrrad eines Arbeiters aus Skąp, das dieser vor dem Gebäude der Gemeindeverwaltung in der Thornerstraße (ul. Toruńska) für einen Augenblick ohne Aufsicht stehen gelassen hatte. Der Diebstahl ist Gegenstand einer polizeilichen Untersuchung.

Br. Gdingen (Gdynia), 17. Juli. An der Ecke der ul. Starowiejska und ul. Podjazdowa in Gdingen überfuhr der Motorradfahrer Jan Lidzbarski aus Pińsk die auf der Straße gehende Sophie Sieklinska. Die Überfahrene erlitt so schwere Verlebungen, daß sie mit dem Rettungswagen in das Spital der Barmherzigen Schwestern überführt werden mußte. Der unvorsichtige Motorradfahrer wurde verhaftet.

Infolge der immer mehr zunehmenden Unglücksfälle auf der stark frequentierten Chaussee zwischen Gdingen und Adlershorst, hat das Regierungskommissariat angeordnet, daß Kraftwagen diese Strecke höchstens mit einer Stunden Geschwindigkeit von höchstens 40 Kilometern befahren dürfen. Zuiderhandlungen werden streng bestraft.

ch. Kartaus (Kartuzy), 17. Juli. In Steudtsz, Kreis Kartaus, fand kürzlich im Beisein einer ministeriellen Kommission und des Bezirksstarosten eine mit 200 Exemplaren beschilderte Schau statt, wobei Gesamtprämien in Höhe von 200 Złoty verteilt wurden. Die drei ersten Preise erhielten die Landwirte Pawłowski, Półczyński und Kiedrowski. Es wurden Bestellungen auf Lieferung von Buchschäfen nach den Wojewodschaften Schlesien, Łódź, Łuck und Kielce getätigt.

a Schweiß (Swiecie), 17. Juli. Die diesjährige Roggenrebe ist im hiesigen Kreise in vollem Gange und läßt auch einen befriedigenden Ertrag erhoffen.

In Bokowiz wurde dem Eigentümer Konstantin Guerian aus Poledno ein Fahrrad gestohlen.

Bei dem Lehrer Czapiewski in Tünsmorgen waren Diebe eingebrochen und ließen aus der Wohnung einen Posten Wäsche, Herren- und Damengarderobe im Werte von 4000 Złoty mit sich gehen.

f Strasburg (Brodnica), 17. Juli. Den Tod durch Ertrinken fand in der Drewenz die kaum 20 Jahre alte Frau des Professors Los. Die Benannte weilte bei ihren Eltern in Międzyzdroje zu Besuch. Mit einer größeren Gesellschaft begab sie sich an den Fluß und wollte baden, geriet aber in eine tiefe Stelle und ertrank. Die Leiche konnte trotz eifriger Suchens noch nicht gefunden werden.

x Tempelburg (Sepólno), 17. Juli. Die hiesige Ortsgruppe des „Land und Weißselgau“ veranstaltete am Sonntag per Autobus einen Ausflug nach dem Rittergute Zamarte, Kreis Konitz, zur Besichtigung der dortigen Hühnerfarm, an dem sich ca. 30 Jungbauern und Jungbauerinnen beteiligten. Nach Inaugenscheinnahme auch der übrigen Gutswirtschaft brachte der Autobus die Teilnehmer nach dem Ausflugsort Müllendorf, wo dieselben Gelegenheit hatten, dem Badebetrieb oder Rudersport zu huldigen. Nach Sonnenuntergang rüstete man sich wieder zur Heimfahrt und die Teilnehmer gelangten gegen Mitternacht wohlbehalten in Tempelburg an.

## „Neu-Pangermanismus“?

Ein Franzose phantasiert...

Der Berliner Berichterstatter französischer Blätter, der unter dem Namen L. Ledoux schreibt, hat kürzlich den Begriff „Neopangermanismus hilfieren“ geprägt, wobei er auf die fortdauernde Schreckwirkung der in der Vorkriegs- und Kriegszeit dem Ausland eingehämmerten Ausdrücke „Pangermanismus“ und „Alldeutschum“ rechnet. Die Königsberger BDA-Tagung gab ihm den Anlaß, seinen Lefern von der volksdeutschen Arbeit zu sprechen. Zugleich mit der volksdeutschen Arbeit, insbesondere derjenigen des Volksbundes für das Deutchtum im Ausland, soll die Außenpolitik des Reiches verdächtigt werden. Die BDA-Tagung habe „wieder einmal“ den Beweis für den pangermanischen Charakter der Ziele des Hitler-Regimes erbracht.

Diese Anklage steht nicht nur mit den wiederholten Erklärungen des Führers und Reichskanzlers, zuletzt noch in der außenpolitischen Reichstagsrede vom 21. Mai, in Widerspruch, sondern überdies auch mit der gerade in Königsberg selbst abgegebenen Sicherung des Reichsministers Rüts, daß volksdeutsches Denken nichts mit „Irredentismus“ zu tun habe. Ledoux kennt diese grundlegenden Ausführungen; denn er erwähnt ausdrücklich die Rede Rüts, deshalb muß man seine Deutungen der BDA-Arbeit als unehrliche und absichtliche Verleumdungen bezeichnen.

Von dem früheren „kaiserlichen“ Pangermanismus — der von Ledoux gekennzeichnet wird durch die in diesem Zusammenhang stilvolle Äußerungen wie „Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser“ und „Wir Deutschen sind das Salz der Erde“ — heißt es, daß er wenigstens frei herausgesprochen und seine Absichten nicht verheimlicht hätte. Gefährlicher aber sei der heutige „Neu-Imperialismus“, da er sich auf „angebliche“ kulturelle Bande berufe, die zwischen den deutschen Volksgenossen beiderseits der Reichsgrenzen bestanden. Schon die Umtaufe des BDA von „Verein“ in „Volksbund“ mache es klar, daß seine Aufgabe darin bestehe, „die nationalsozialistischen Lehren bei den deutschen Minderheiten und allgemein bei allen Deutschen zu verbreiten, die im Ausland leben.“ Es handle sich also nicht mehr um eine rein kulturelle

## Thorn.

Achtung:  
zum Saison-Ausverkauf

Preise rücksichtslos herabgesetzt!

Große Auswahl W. Gruner! Nur Qualitätsware

Toruń, Sz. Szeroka 32 — Tel. 1990, 5136

Möbel, solide Ausführung, preiswert! A. Górecki, Zęgarista 27, Tel. 1251

(5. Sonntag n. Trinitatis, früher Bydgoszcz, 1987)

Kirch. Nachrichten, Sonntag, d. 21. Juli 1935

(5. Sonntag n. Trinitatis)

St. Georgen - Kirche, Kein Gottesdienst.

Evangel. Gemeinde Graudenz, Lerm. 10 Uhr

Barbar. Gützle, 11½ Uhr

Kindergottesdienst, Morgen, abends 8 Uhr Jungmädchenverein, Dienstag

abends 8 Uhr Polonier-

gottesdienst, Mittwoch nachmittag 6 Uhr Bibelstunde, Donnerstag 8 Uhr Jungmännerverein, Freitag abends 8 Uhr Jungmännerverein, Heimabend.

Piasten, Nachm. 5 Uhr

Tagung der kirchlichen Körperschaften.

Nehden, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst, Sonntag, 1. 8. 35

zu vermieteter Kater, Borsigkiez 5, B. 8, 5443

Kirch. Nachrichten, Sonntag, d. 21. Juli 1935

(5. Sonntag n. Trinitatis)

St. Georgen - Kirche, Kein Gottesdienst.

Evangel. Gemeinde Graudenz, Lerm. 10 Uhr

Barbar. Gützle, 11½ Uhr

Kindergottesdienst, Morgen, abends 8 Uhr Jungmännerverein, Freitag abends 8 Uhr Jungmännerverein, Heimabend.

Piasten, Nachm. 5 Uhr

Tagung der kirchlichen Körperschaften.

Nehden, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst, Sonntag, 1. 8. 35

Jungmännerversammlung

Original-Rohrd DAS BESTE RAD

5105

Bess. Hausmädchen

evgl. Stellg. Anna u. E. 2696 an Ann.-Exp.

Culmsee. Borm. 10 Uhr

Gottesdienst.

Lütau. Nachm. 2 Uhr

Gottesdienst.

</div

Arbeit — die heuchlerisch „an sich lobenswert“ genannt wird —, sondern um eine offene politische Tätigkeit mit dem Ziel der Gleichschaltung aller Deutschen oder aller „angeblichen Deutschen“ jenseits der Grenzen des Reiches. Der Putsch gegen Döllfuß hätte ebenso wie die jüngsten Wahlen in der Tschechoslowakei gezeigt, wie weit diese Verschwörungen bereits von Erfolg gekrönt seien. Die Tätigkeit des BDA bestehet „also“ (donc) in der planmäßigen Schaffung eines Necks geheimer Agitation, das sich über die ganze Welt erstrecke.

Könnte man sich zur Not einige dieser Behauptungen einfach mit der bekannten Verständnislosigkeit des modernen Franzosen für Volkstumsfragen überhaupt erklären, so begibt sich Ledoux — der ja die entgegenstehenden Erklärungen des Reichsministers Rist kennt — offen auf das Gebiet der Völkerverhebung, wenn er dem BDA untersieht, er erstebe ein Großdeutschland, das sich nicht einmal mit den Grenzen „von der Maas bis an die Memel, von der Elsach bis an den Belt“ begnügen, sondern alle Gegenden einschließen solle, wo deutsch gesprochen werde. Das soll dadurch erkennbar geworden sein, daß — Abordnungen von (Schwaben) (Sonabes) aus Siebenbürgen, Deutsche aus dem ehemaligen Kolonien, Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei wie auch aus der Schweiz und aus Luxemburg anwesend gewesen seien. Dem BDA wird die Ansicht zugeschrieben, daß „früher oder später“ das Drittel des deutschen Volkes, das außerhalb der Reichsgrenzen wohne, an den Herd der Nation zurückkehren werde und müsse. Und so sei bewiesen, was zu beweisen gewesen sei: „Wir sehen uns bei dem „Volkstum“ einem amtlichen Organismus gegenüber, der nichts anderes ist als die Vorhut der deutschen Ausdehnungs-politik...“

Volkssdeutsche Arbeit beruht auf dem Wissen vom Wert und Wesen des Volkstums. Die nationalsozialistische Lehre erkennt ausdrücklich das Lebensrecht jedes Volkstums an, des eigenen wie des fremden. Von Königsberg erging deshalb der Ruf an die Volkstumskämpfer aller Länder und Nationen zu ehrlicher Zusammenarbeit unter Anerkennung des gleichen Rechtes aller. Die Ledoux fürchten offenbar, daß dieser Ruf wiederholt finden könnte, und daß so auch auf diesem Gebiete aus der gegenseitigen Achtung wirklicher Friede zwischen den Staaten und zwischen den Völkern zustande kommen werde. Diese Furcht vor dem Frieden beherrscht Leute wie Ledoux. Deshalb stemmen sie sich der Wahrheit und der Vernunft entgegen. Aber sie können dabei nur noch auf die absichtlich Blinden und Tauben rechnen. Diesen allein kann man heute noch so dreiste und — so dumme Lügen austischen, wie es hier geschehen ist.

K. B.

# Deutsche Vereinigung.

## Kundgebung in Oberlesniz.

Am Sonntag, dem 7. Juli, veranstaltete die Deutsche Vereinigung mit den Ortsgruppen des Kreises Kolmar ein Treffen im Park des Barons von Lüttwitz in Oberlesniz (Oleśnica).

Die Gefolgschaften der einzelnen Ortsgruppen sammelten sich bereits früher und trafen die letzten Vorbereitungen für die Kundgebung, die um 3 Uhr nachmittag ihren Anfang nahm. Unter dem Gesang neu eingeführter Lieder marschierten die Kameradschaften, 350 Jungen und Mädel vor den ca. 1500 Besuchern auf, und nahmen Aufstellung zu beiden Seiten der Rednertribüne, die mit dem Zeichen der Deutschen Vereinigung geschmückt war.

Dem eindrucksvoll vorgetragenen Sprechchor „Werke sind wir von jedem Stand“ folgte das Lied „Kameraden, wir marschieren“. Kamerad Hirschfeld begrüßte die Gäste und den Vertreter des Hauptvorstandes Bg. Warmbier. Er sprach allen herzlichen Dank für die opferfreudige Unterstützung aus, die das Treffen im Heim Oberlesniz und die Verpflegung der Kameraden ermöglichten. Ganz besondere Anerkennung verdiente die Fürsorge, die diese Veranstaltung durch den Gastgeber Baron von Lüttwitz erfahren hat.

Ausführlich berichtete Kamerad Adelt über das Leben in der Deutschen Vereinigung. Nach einem Lied sprach Kamerad Kurz über die Jugendarbeit und über die Jugendbestrebungen. Nach dem Lied „Vorwärts, vorwärts“ ergriff Bg. Warmbier das Wort und unterstrich den Gedanken, daß jugendliche Begeisterung, neue und alte Tradition mit einander vereint, eine glückliche deutsche Volkstumsentwicklung im Auslande bilden.

Nach einer kurzen Pause kam das Laienspiel „Der Bauer, ein Spiel der Mahnung“ zur Aufführung. Dem tiefen Inhalt dieses Stücks wurden die vortrefflichen Leistungen aller Spieler in jeder Hinsicht gerecht, so daß bei den Zuschauern ein nachhaltiger Eindruck zurückblieb. Das Spiel wurde vor einer zweckmäßig aufgebauten Naturbühne gespielt.

Nach diesem Programm folgte nach kurzer Unterbrechung ein unterhaltsamer Teil, der durch Spiel, Gesang und Tanz und Volksbelustigung ausgefüllt war, an dem sich jung und alt beteiligte.

Nach einer Abendbrotpause folgte bei einbrechender Dunkelheit die Feier der Sonnenwende. Vom alten Schloß her marschierten die Gefolgschaften unter Fackel-

schein auf den Festplatz und nahmen im Biergarten Aufstellung um den Holzstoß. Nach einer feierlichen Einfeuerung erflammt der Holzstoß, dessen Flamme den Himmel loderte und als Symbol für Reinheit und Läuterung unsere Herzen mitentflammt.

Kamerad Pech führte durch seine Ansprache das äußere Erleben zum inneren Erlebnis. Unter dem Schein der roten Flamme ergriff Kamerad Kurz das Wort zu einer Rede für die nun folgende Wimpelweihe. Der Reihe nach weinte er nun mit dem Wimpel der Bromberger Gefolgschaft die Wimpel von Kolmar, Samotschin, Uschendorf und Nalewitz. Feierlich und ernst erklang um die lodernde Flamme das Fahnenlied. Unter Trommelwirbel senkten sich die Wimpel zu Ehren der Toten im Weltkriege und der Toten der Bewegung. Zu kurzem Gedanken und dem „Guten Kameraden“ senkten sich erneut die Wimpel.

Mit dem Feuerspruch und dem Deutschen Gruß fand diese tiefe innerliche und würdige Feier mit dem erlöschenden Feuer ihren Abschluß.

Das Organ der Jungdeutschen Partei hat in besonderer Eile bereits über die große Kundgebung in Kosten „berichtet“ und nach altbekanntem Muster die Dinge wieder auf den Kopf zu stellen versucht. Gedanken, die Dr. Kohnert zum Ausdruck gebracht hat, versucht man in diesem „Bericht“ in wenig geschickter Form zu verdrehen und in das Gegenteil zu verwandeln.

Wir wundern uns darüber gar nicht, denn wer die Lüge zu seinem geistigen Vater erkoren, und wer üble Nachrede und Verleumdung von Anfang an bewußt als seine geistigen Waffen gebraucht, der zeigt nur — die Tatsachen beweisen es — daß er zu einer aufspannenden Volkstumsarbeit unfähig ist.

Wir schreiben, unbekümmert um die gleichen sich stets wiederholenden Ausfälle einiger FDÖ-Prominenten, den Weg der Einigkeit und Erneuerung weiter. Mehr als 50 000 haben in Posen und Pommerellen diesen Weg beschritten und sind gewillt, ihn in der Not und Schwere der heutigen Zeit zum Wohle unserer Volksgruppe zu gehen.

Berdrehungskünste und Verleumdungen einer bestimmten Gruppe, die unter der Reinheit des Begriffs Nationalsozialismus ihre eigensüchtigen materiellen Absichten verborgen, werden uns niemals daran hindern können. Einmal werden auch sie verstummen müssen.

## Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Bemerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Schmidt P. 1. Die Klausel in dem Anstellungsvertrag über die Kündigung ist rechtlich unklar, denn man erachtet daraus nicht, an welchem Tage die Kündigung zu erfolgen hat, ob am 1. Tage des neuen Wirtschaftsjahrs oder am letzten Tage des alten. Da der Vertrag uns im Stiche läßt, muß auf analoge gesetzliche Bestimmungen Bezug genommen werden. Die Verordnung über den Arbeitsvertrag mit geistigen Arbeitern vom 16. 3. 28 bestimmt in Art. 25, daß der Angestellte auf eine Kündigungsfrist von vollen drei Monaten Anspruch hat, doch also die Kündigung am letzten Tage des der Kündigungsfrist vorangegangenen Monats zu erfolgen hat. Auf Ihren Fall angewandt bedeutet das: Da vertraglich die Kündigung nur am Quartalswechsel zu erfolgen hat, und die Kündigung am 1. Juli d. J. rechtswirksam war, kann die Kündigung rechtswirksam erst am 30. September d. J. wiederholt werden. Über die fraglichen Briefmarken können wir Ihnen keine Aussicht geben, aber wenn Sie dazu Gelegenheit haben, können Sie im Reichspostmuseum in Berlin, der größten deutschen Briefmarkensammlung, Erkundigungen einziehen. Sie können die Marken selbstverständlich unbeaufsichtigt mitnehmen.

„Alter Abonnent.“ Ein neues Gesetz über Pfändung ist nicht erschienen, sondern die Vorschriften des Gesetzbuchs der Schuldenverhältnisse vom 27. 10. 1933 sind, soweit sie Mieter, Pacht- und Arbeitsverträge betreffen, am 1. Juli d. J. in Kraft getreten, wodurch die Rechte und Pflichten des Vermieters und des Mieters etwas abgeändert werden. Nach den neuen Bestimmungen haften für Mietschäden des Mieters auch seine Familienmitglieder mit den in die Wohnung eingebrachten Sachen, und der Vermieter hat bezüglich dieser Sachen das gesetzliche Pfandrecht. Aber die Voraussetzung für dieses Pfandrecht ist die, daß diese Familienmitglieder mit dem Mieter zusammenwohnen. Da das bei Ihnen nicht trifft, ist diese Bestimmung auf Sie nicht anwendbar, und Sie können also durch Interventionsklage auf Aufhebung der Pfandschuld abstimmen.

## Bestellungen

auf die  
Deutsche Rundschau

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern  
angenommen.

### Dieser Bestellzettel für August 1935

ist ausfüllbar dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.  
Sobald Postkarte, auch Sandpostträger sind verpflichtet, die  
Bestellung ausfüllbar entgegenzunehmen.

Na Sierpień — Für August

Pan  
Herr

Tytuł gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość wydawnictwa Ergebnungs- ort	Na czas (minione) Be- zugs- zeit Monate	Abona- ment Be- zugs- geld Monate	Należy- tość Zahl- gebühr Monat
Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	1	3,50	0,39

Pokwitowanie. — Rücktritt.

Złoty zapłacono dzia. Złoty sind heute richtig bezahlt worden.

dnia  
den

1935.

## Verlangen Sie überall

auf der Meile, im Hotel, im Restaurant,  
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

## Weltkrisen und Weltpolitik.

Bon Dr. Friedrich Otte,  
Professor a. D. Reichsuniversität Peking.

Ende Mai war ein neuer Zwist zwischen Japan und China ausgebrochen. Japan stellte neue Forderungen, und China unterwarf sich am 10. Juni diesen Forderungen, die praktisch darauf hinauslaufen, daß die Innere Mongolei japanisches Hegemoniegebiet wird und selbst die nördlichste der 18 alten chinesischen Provinzen, Tschili, seit 1928 Hopei genannt, in der Peking (Peiping) liegt, ebenfalls völlig unter japanischen Einfluß gerät. Was uns an diesen Vorfällen interessiert, ist weniger der Tatbestand selbst, der vorauszusehen war — ebenso wie die Erweiterung des japanischen Einflusses bis zum Hwangho nach Süden und Chinesisch-Turkestan nach Westen (Sinkiang) jetzt schon als von Japan gewollt in Rechnung gestellt werden darf —, als vielmehr die Frage, warum Japan gerade Ende Mai losgeschlagen hat.

Man kann das Vordringen der Japaner seit 1914, das stets plötzlich und rückartig erfolgt, an zwei Beispielen erläutern, nämlich an dem Vorgehen gegen China ab Januar 1915 und erneut ab September 1931, wozu nun das dritte, sehr lehrreiche Beispiel hinzutritt. Das Ergebnis unserer Betrachtungen sei vorangestellt. Es ergibt sich nämlich, daß die Japaner trotz der Plötzlichkeit ihres Vorgehens immer erst nach reifester Überlegung handeln und mit größter Besonnenheit sich ihre Einzelziele sieden. Sie handeln dann, wenn die Krisenlage der Weltpolitik und der Weltwirtschaft die anderen Großstaaten so weit bindet, daß Japan in seinem Vorhaben nicht gestört wird. Es müssen sehr kluge Männer in Tokio sitzen, ausgezeichnete Spieler auf dem Schachbrett der internationalen Politik, in deren Köpfen sich reifste Überlegung mit stärkster Entschlossenheit paart. Ob der Gegensatz zwischen Militär und Zivil (Auswärtiges Amt) wirklich so stark ist, wie er manchmal hingestellt wird, darf bezweifelt werden; dieser Gegensatz ist nämlich weniger ein Gegensatz des Grundsätzlichen — Ausschaltung jeglichen europäischen Einflusses in Ostasien —, als vielmehr ein Gegensatz der Art, wie dieses Ziel zu erreichen sei: durch friedliche Eingliederung mit China und makvolles Zurückweichen Japans auf dem Festlande jetzt schon statt nach einem Jahrhundert der Kämpfe (ab 1894 gerechnet) oder durch Gewaltanwendung gegenüber China, wie es die Militärpartei anscheinend wieder wünscht, in deren Reihen man zu dem guten Willen und können der verschiedenen chinesischen Regierungen seit Mitte vorigen Jahrhunderts bis heute anscheinend wenig Vertrauen hat. Voralways ist der Erfolg bei dieser letzteren Methode ganz auf Seiten Japans gewesen. Es hat 1914 Deutschland aus Schantung hinausgeworfen, wie schon 1905 Russland aus der Südmandschurei und 1894 die Chinesen aus Korea; es hat 1931 die Macht der chinesischen Zentralregierung und den Einfluß der Sowjets in der gesamten Mandchurie gebrochen und tut nun seit Ende Mai dasselbe in der Provinz Tschahar, die zur Inneren Mongolei gehört, und in Nordchina, wobei die geschichtliche Hwangholinie als spätere Grenze anzusehen für Nordchina vorgesehen ist.

Und nun zur Taktik und zur Methode, welche die Japaner dabei befolgen, wenn die Auguren in Tokio das Vorstoß stellen, ob der Zeitpunkt zum Handeln gekommen sei. Diese Krisentaktik stellt sich wie folgt dar: Am 16. Januar 1915 überreichte Japan in Peking die 21 Forderungen, durch die ihm bereits Vorausbehandlung in der Mandchurie und der Inneren Mongolei für Anleihen, Verträge, Siedlung usw. zugesichert wurde. Angenommen wurden sie erst am 9. Mai. Warum hatte man in Japan gerade den Januar 1915 gewählt? Erstens weil Japan sich in der Provinz Schantung damals bereits festgesetzt hatte, nachdem Kiautschau am 14. November 1914 genommen war; aber das war äußerlich. Der tiefere Grund war der, daß der kurz nach der Marne-schlacht (September 1914) in Ostasien laut hinausstrompetete endgültige Sieg der Alliierten über Deutschland auf sich waren ließ, hingegen die endgültige Schwächung der „verbündeten“ Russen nach Tannenberg ab Ende August und nach der Masurenschlacht im November eine vollendete Tatsache geworden war. Selbst die Vereinigten Staaten hatten sich bereits als Folge hier von und von der Deutschen Hebe so weit in die Front der Gegner Deutschlands eingeschaltet, daß ihre Handlungsfreiheit im Fernen Osten als gelähmt gelten konnte; mithin waren Russland, Großbritannien und Amerika für lange hinaus gebunden. In China selbst herrschte ein Durcheinander.

Als die Japaner am 18. September 1931 in Mulden loschlugen, um die Mandchurie ganz für sich zu nehmen, war die Weltlage ebenfalls im höchsten Grade krisenhaft. Wieder hatten die kapitalistischen Großstaaten in denbar einseitiger Verkenntnis der wirklichen Weltlage durch den Youngplan 1930 ihr Spiel unter die weltwirtschaftlichen Torheiten von Versailles gesetzt. Deutschland sollte am Boden gehalten werden. Die Folgen waren im Sommer 1931 sichtbar geworden. In Deutschland mußten die Banken geschlossen werden, der Youngplan brach zusammen, Präsident Hoover gewährte ein vorläufiges Moratorium. Im September 1931 mußte Großbritannien die Goldwährung aufgeben, schon um seine Dominien Neuseeland und Australien sowie Indien zu retten, die vor dem finanziellen Zusammenbruch standen. In den Vereinigten Staaten erreichte die Krise, die im Herbst 1929 sichtbar geworden war, ihren Höhepunkt; der Bauer stand vor dem Richts bei immer weiter fallenden Weltmarktpreisen für Baumwolle, Weizen und andere Körnerfrüchte; nicht besser sah es in den meisten anderen Ländern aus. In China hatte die furchtbare Überschwemmung im Yangtsetal, die schlimmste seit 150 Jahren, Regierung und Volk in neue Schwierigkeiten gestürzt, und zwischen Südhochland (Kanton) und der Zentralregierung in Nanking bestand die allerschärfste Spannung, die Kommunistaufstände in China erreichten damals ihren Höhepunkt. Da schlug Japan am 18. September 1931 los, und es hatte sich nicht verrechnet.

Und wie ist die Lage jetzt? Die Bevölkerungen der europäischen Länder und Amerikas sind zermürbt durch die ewig währende Weltwirtschaftskrise, zermürbt selbst in Frankreich, das aus dem Traumzustand einer „Kriseninsel“, wo die Wirtschaft ewig blüht, in den vorläufigen Dauerzustand eines Alpdrucks in folge zerrütteter Staatsfinanzen, einer nicht mehr ganz talkfests Währung und zunehmender Arbeitslosigkeit hinüberglitt. Der belgische Frank ist herabgewertet worden, die holländische und die Schweizer Währungen waren Angriffen ausgesetzt. In Amerika brach Roosevelt's Industrie- und Agrarpolitik zusammen, weil die obersten Richter eben keine japanischen Auguren sind, die mit beiden Beinen auf dem Boden der Wirklichkeit stehen. Großbritannien hat eine ungenügende Luftflotte, die Flottenverhandlungen mit Deutschland

waren eben eingeleitet worden; vor allem aber trägt der zu erwartende Kriegsausbruch in Afrika zwischen Abessinien und Italien zur Beunruhigung einer sich nach Frieden sehndenden Welt bei; schwächt die Tatkräft der Kabinette, vom Völkerbund ganz zu schweigen, und bindet, wenn nicht die Amerikaner, so doch alle an Afrika interessierten Großstaaten; das russisch-französische Militärabkommen hat diese Unsicherheit in Europa nur noch erhöht. In China, das bis 1932 auch ziemlich krisenfest war, herrscht jetzt in den Wirtschaftsmittelpunkten ebenfalls ausgesprochene Krise: der Silbermarkt ist erschüttert, alte Banken brechen zusammen, der Außenhandel schrumpft mehr und mehr zusammen, und die zwar geschlagenen, aber noch nicht vernichteten Kommunisten beunruhigen immer noch die west-

lichen Provinzen. 1931 erhoben sich noch Proteste, der Völkerbund blähte sich 1932 sogar gewaltig auf wie ein Jahrmarktsluftballon, aber es war nur Luft und blauer Dunst. Diesmal sagt schon niemand mehr etwas. China protestiert nicht einmal beim Völkerbund, und Japan soll sogar Sowjetrußland den von Japan früher zweimal abgelehnten Nichtangriffspakt diesmal selbst angeboten haben, denn nach dessen Abschluß dürfte auch die Sowjetunion nicht mehr für China eintreten können.

Man kann den Japanern wirklich nicht vorwerfen, daß sie unüberlegt handeln und den rechten Augenblick verpassen. Ob die japanischen Überlegungen aber nicht nur der Klugheit, sondern auch der Weisheit entspringen, das mag hier unerörtert bleiben.

## Wendung in der japanischen Militärpolitik.

Aus Tokio wird gemeldet:

Eine Generalstabskonferenz, an der Prinz Kanin, Kriegsminister Hayashi und der Chef der militärischen Erziehung, General Mazaki, teilnahmen, bereitete die großen Veränderungen in der japanischen Armee vor, die zum 1. August durchgeführt werden sollen und etwa 4000 Umbesetzungen höherer militärischer Stellungen zur Folge haben werden.

Auf Vorschlag des Prinzen Kanin und des Kriegsministers Hayashi genehmigte der Kaiser den Rücktritt Mazakis, der hohe militärische Ämter bekleidet und der als Vertreter der innerpolitisch radikalen Richtung zu den Gegnern des gemäßigten Kriegsministers Hayashi gehört. Er soll der Gruppe von Jungoffizieren nahestehen, denen staatssozialistische Ziele nachgefragt werden. Seine Stellung im obersten Kriegsrat dürfte Mazaki auch weiter beibehalten. Als Nachfolger Mazakis wird der 61jährige General Watanabe genannt, der übrigens früher einmal Militärattaché in Berlin war. Er gilt als einer der besten Kenner des Auslandes.

Wie weiter gemeldet wird, deuten die zum 1. August erfolgenden 4000 Umbesetzungen höherer militärischer Stellungen in der japanischen Armee und der Rücktritt Mazakis auf eine entscheidende Wendung in der japanischen Militärpolitik hin. Die bevorstehenden Maßnahmen haben eine Befestigung der Autorität und die Einheit der Armee zum Ziel und werden viel persönliche Opfer fordern. Hayashi erklärte, daß er entscheidend eingreifen werde. Die Stim-

mung im Obersten Kriegsrat kann als sehr ernst bezeichnet werden. Am 20. Juli wird Kriegsminister Hayashi den Gesamtplan dem Kaiser vorlegen.

Die Presse betont, daß Hayashi mit diesen bedeutenden Maßnahmen seine Gegner besiegen will, die ihn wiederholt zu stürzen versuchen. Schon der Rücktritt General Mazakis läßt erkennen, daß durch eine bevorstehende Personalreform die Widerstände in der Armee beseitigt und

die Autorität und die Einheit wiederhergestellt werden sollen.

In der Armee, so berichten einige Blätter, habe eine oppositionelle Gruppe bestanden, die vom früheren Kriegsminister General Araki und General Mazaki angeführt wurde. Man müsse abwarten, welche Haltung General Mazaki künftig einnehmen werde, und ob es der Gruppe gelingen werde, die Militärpolitik Hayashis weiterhin zu beeinflussen. Kriegsminister Hayashi

werde künftig alle widerstreitenden Führer rücksichtslos bestrafen.

In politischen Kreisen erinnert man in diesem Zusammenhang an die eigenmächtigen Veröffentlichungen von Denkschriften oder die vielfachen Eingriffe von Militärpersonen in die innere Politik. Auch auf außenpolitischem Gebiete, so in der Chinafrage und bei der Ernennung des Botschafters Arinouchi, hätten sich diese Einflüsse geltend gemacht.

## Polen und Deutsche —

### Stimmen vor hundert Jahren

Nachstehender Aufsatz, den wir unseren Lesern auszugsweise wiedergeben, ist einer Sammlung alter Posener Beiträge (Provinzialblätter, Posen, Jahrg. 1848) entnommen worden. Er verdient, nicht nur als Dokument deutscher Gesinnung und Denkungsart vor hundert Jahren hervorgehoben und gewürdigt zu werden, er ist zugleich Spiegelbild einer Zeit, die man gelegentlich — gottlos unberechtigterweise — als Jahrhundert der Unterdrückung und Intoleranz bezeichnet hat. Diese Betrachtungen könnten schließlich ebenso gut in unseren Tagen geschrieben sein — sie stehen in nichts dem nach, was heute von Deutschen in Polen gewünscht wird.

Polen und Deutsche haben im Großherzogtum Posen ein gleiches Areal auf den Besitz des Bodens, und auf Ausübung der einzelnen Industriezweige.

„Der Pole ist einheimisch. Die Abstammung von denen, welche von altersher in den Dörfern und Städten der Länder des jetzigen Großherzogtums Posen wohnten, und Besitzer von Grund und Boden waren, gibt ihm ein Areal auf fernere Behauptung seines Besitzstandes, gibt ihm die Befugnis zu dem Streben, Besitz daselbst zu erwerben. Die Freiheit seines Willens macht ihn fähig, in seinem Geburtslande jeden erlaubten Weg zum Erwerb seines Unterhalts zu gehen.“

Der deutsche Anwohner der Provinz ist ebenfalls einheimisch. Seine Vorfahren wurden, meistens von den Eingeborenen selbst, in diese Provinz gerufen. Der Pole wies dem Deutschen müßt Ländereien zur Kultur an; er forderte diesen auf, die von ihm aus Deutschland mitgebrachten Kenntnisse hier zu üben, zu erweitern, zu verbreiten. Der Deutsche vertraute dem Polen, er kultivierte das ihm gegebene Land, munzte den Eingeborenen zu gleicher Kultur auf, hob Handel und Gewerbe und brachte durch die mit dem Auslande angeläuften und gepflegten Handels- und Geschäftsverbindungen Wohlstand in die Provinz. Er kann ebenfalls verlangen, daß er das, was er hier besitzt und erwirkt, ungekränkt besitzt, daß er ungefähr in den Rechten und Grenzen sich bewege, welche er mühevoll durch Thätigkeit und Fleiß erworben.

Es ist Pflicht der Polen und der Deutschen, die gegenseitigen Rechte anzuerkennen, und jede Störung des einen oder Anderen in seinem Rechte zu vermeiden.

Dadurch allein ist die Erhaltung und fernere Entwicklung des Wohlstandes der Provinz möglich. Ohne dieses ist kei-

für die Provinz nie zu erwarten; denn diese muß dann im Innern nothwendig dem Verfall entgegen geben, und nach Außen jedes Vertrauen, und mit diesem jede Verbindung verlieren.

Die wahre Vaterlandsliebe wird dadurch an den Tag gelegt, daß man das seinem Vaterlande Frommende erstrebt, daß man Nachtheile, welche dem Vaterlande drohen, abzuwenden sucht, und daß man sein Gut und Blut nötigenfalls daran wagt, beides zu erlangen. Bei jenem kann also von Vaterlandsliebe nicht die Rede sein, der nach dem Umsturz des Bestehenden nach der Vernichtung des Wohlstandes der Provinz strebt.

Der Pole und Deutsche haben bisher friedlich in der Provinz Posen nebeneinander gewohnt und miteinander verkehrt. Wäre es nicht thöricht und dem Weltlauf zuwider, wenn wir sie sich entzweien, miteinander hädern sähen? Wäre es nicht dem Wohle der Provinz Posen, dem Wohle der Menschheit entgegen? Nur durch Einigkeit können wir erstarcken. Zwieträcht vernichtet den Wohlstand der Familien, der Provinzen, der Staaten. Der Mensch ist auf den Menschen angewiesen. Kein Mensch, und wenn es Diogenes wäre, kann ohne die Hilfe anderer leben. Der eine gibt geistige, der andere physische Kräfte zum Besten, zum Nutzen anderer. Kann dies zweckmäßig geschehen, wenn Misstrauen zwischen Polen und Deutschen, zwischen den Katholiken und Protestantern erwächst, wenn der eine den andern anfeindet? Wenn einer dem andern zu schaden sucht? — Wahrsich, wir sind es uns gegenseitig schuldig, jedes Misstrauen zu beseitigen, jeden Haß zu bannen und in Frieden und unter gegenseitiger Unterstützung nebeneinander zu leben.

Bei der jetzigen Bildungsstufe der Polen hat die Macht des Geistes die Oberhand über die Macht der frischen Kraft. Der körperlich Kräftige, aber geistig Schwache wird vom geistig Starken geführt, geleitet und beherrscht.

Darin liegt für ein Volk, welches die Oberhand über andere Völker erlangen will, ein Fingerzeig, welcher ihm die Richtung zu dem Ziele seines Wunsches angibt. Der Weltgeist zwischen Deutschen und Polen in der möglichst größten Ausbildung der Gewerbe, in Verbesserung und Vermehrung der Fabriken, ihr Streben befußt Förderung der Wissenschaften, und befußt Erlangung und wohlwollender Ausübung der Staats- und andern öffentlichen Ämter, — das sind die Wege und Mittel, dem Vaterlande nützlich zu sein, das Wohl der Provinz und ihres Volkes zu fördern, und das Bewußtsein sich zu verschaffen, daß man redlich und gewissenhaft gehandelt habe.

Schutzmaßnahmen, um wenigstens den Raum zu verhindern, der hier und da im Lande der rationalisierten Wirtschaft gerade mit Rohstoffen noch getrieben wird,

Aber was kann das alles viel nutzen, wenn Dr. Keith mit seiner Schäzung wirklich recht hat? Ob in 40 oder in 80 Jahren — USA ohne seine wichtigsten Rohstoffe ist nur noch der Schatten seiner einstigen Größe. Seine gewaltige Industrie ist ohne die eigene Rohstoffbasis überhaupt nicht denkbar, und sein weltwirtschaftlicher Einfluß müßte dahinschwinden, wenn die Ölquellen eines Tages versiegen. Wirklich Grund zum Kummer.

\*  
Der Krakatau wieder in Ruhe.

Meldungen aus Batavia zufolge hat sich der Inselpulkan Krakatau, dessen letzte rege Tätigkeit die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, im Laufe des Dienstag wieder vollkommen beruhigt. Der Leiter der Vulkanographischen Station, Dr. Steh, hat die bei früheren Ausbrüchen des Vulcans entstandene Insel Anak-Krakatau besucht. Ein Teil der Insel ist um 20 Meter gesunken, während sich an der Westküste neue Erhebungen gebildet haben. Der Durchmesser des Kratersees hat sich auf 500 Meter ausgedehnt. Während der Krakatau seine Ruhe wiedergefunden zu haben scheint, macht sich am Dienstag bei dem mitteljavavischen Vulkan Merapi, von dem man seit vielen Monaten nichts mehr gehört hat, durch erneute Tätigkeit bemerkbar. An mehreren Stellen der Bergwand konnten Lavafallisse festgestellt werden, die aber vorerst zu irgendwelchen Beunruhigungen keinen Anlaß geben.

## Besiegen der Bodenschäke in USA?

Amerika ist in großer Aufregung. Man hatte sich doch so sehr daran gewöhnt, wenn nicht das himmlische, dann sicherlich doch dasirdische Paradies in den Vereinigten Staaten als verwirklicht anzusehen, jenes Land, in dem nicht nur Milch und Honig fließt, sondern in dem auch sonst die Natur alles bereitwillig darbietet, was ein smarter Yankee braucht, um Geschäfte machen zu können. Also: Eisen, Kupfer, Kohle, allerhand andere Mineralien, und vor allem Petroleum, jener geheimnisvollen Stoff, von dem die Wissenden behaupten, daß um ihn an einem unsichtbaren Seil die Weltgeschichte der neueren Zeit kreist. Der Boden der Vereinigten Staaten birgt, so meinte man, unerschöpfliche Mengen von all diesen und noch einigen anderen Rohstoffen und darum eben sei das wirtschaftliche Herrschertum des Amerikaners über die Welt sicher begründet.

Und nun kommt im eigenen Lande ein Mann, ein Dr. Keith von der Universität Wisconsin, und behauptet, auf Grund seiner Forschungen voraussagen zu können, daß längstens in 40 Jahren die wichtigsten Naturschäke der Vereinigten Staaten, nämlich Kupfer, Zink und andere Erze, sowie Petroleum, erschöpft sein würden. Die Bergwerke würden dann nichts mehr hergeben und die Ölfontänen im Reiche Rockefellers nicht mehr springen. Und dann — so folgert Dr. Keith — sei der Traum der Prosperität, von der der echte Amerikaner glaubt, daß sie morgen beim Erwachen wieder da sein würde, endgültig ausgeträumt. Er fordert von der Regierung besondere

# Wirtschaftliche Rundschau.

Die Danziger Devisenvorschriften werden abgebaut für Börsen und Umschlagsverkehr.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Der letzte Ausweis der Bank von Danzig vom 15. Juli hat gegenüber dem letzten Juni ausweis eine Erhöhung des Goldbestandes von 15 847 102 Gulden auf 16 675 394 Gulden, und der deklungsfähigen Devisen von 7 528 710 auf 8 097 674 Gulden erbracht, während gleichzeitig der Notenumlauf von 31 809 540 Gulden auf 28 952 580 Gulden zurückging. Die Gold- und Devisenreserve der Danziger Währung stieg von 66 Prozent auf 70,3 Prozent.

Bei dieser günstigen Entwicklung der Währungslage hat sich die Möglichkeit ergeben, wesentliche Teile der Danziger Devisenvorschriften, die von vornherein nur für eine Übergangszeit angekündigt waren, aufzuheben.

Die Wirtschaft kann nunmehr über ihre Devisenbestände und künftig anfallende Devisen wieder völlig frei verfügen.

Durch eine neue Verordnung des Danziger Senats ist der Hafen- und Umschlagsverkehr von den ihm einengenden Vorschriften befreit, so daß er seine Aufgabe als Mittler des internationalen Warenaustausches wieder in vollem Umfange wie vor Inkrafttreten der Devisenbewirtschaftung erfüllen kann.

Beibehalten bleibt einstweilen noch die Genehmigungspflicht für den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen Danziger Gulden und die bisherige Regelung für die Mitnahme oder Verbindung von Danziger Gulden ins Ausland und für die dem Reiseverkehr geltende Freigrenze von 20 Gulden oder deren Gegenwert.

Die neue Rechtslage ist klar und übersichtlich in einer Verordnung über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande zusammengefaßt, die sofort in Kraft tritt und die bisherigen Verordnungen ablöst.

Nach dieser Verordnung ist die bisherige Devisenstelle durch eine bei der Bank von Danzig eingerichtete Überwachungsstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande ersetzt worden. Sie erfordert nunmehr die Genehmigung für den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen Gulden. Die Überwachungsstelle ist in allen wesentlichen Teilen, wie das Recht auf Auskunfeinstellung, die Verpflichtung zur Verschwiegenheit, die Geheimhaltung usw. der bisherigen Devisenstelle nachgebildet. Ebenso sind die bisherigen Begriffsbestimmungen für Zahlungsmittel, Forderungen in ausländischer Währung usw. unverändert geblieben. Auch die bisherige Regelung, der zufolge ausländische Zahlungsmittel, Forderungen in ausländischer Währung, sowie Gold und Edelmetall gegen Gulden nur von der Bank von Danzig oder von den von ihr beauftragten Kreditinstituten erworben und nur an diese veräußert werden dürfen, bleibt bestehen.

Wichtig in den Bestimmungen ist die noch, daß, bevor eine Verpflichtung gegenüber einem Ausländer in inländischer oder ausländischer Währung für den Bezug der zum Inlandsverbrauch bestimmten Waren begründet wird, die Genehmigung der Überwachungsstelle einzuholen ist.

Von den in der früheren Verordnung ausgeführten sonstigen Verpflichtungen und Verbots sind die in Zukunft noch notwendigen beibehalten worden, ebenso die Strafbestimmungen und Verfahrensvorschriften.

## Neorganisation bei Hapag und Lloyd.

Die Verwaltungen der Hamburg-Amerika-Linie und des Nord-

deutschen Lloyd teilen mit: Im Zuge der Neorganisation der Deutschen Großreedereien sind die Verwaltungen von Hapag und Lloyd unter Zustimmung ihrer Aufsichtsräte übereingekommen, die Geschäftsführung ihrer Dienste nach und von New York auf zwei Betriebsgesellschaften zu übertragen. Zu diesem Zweck wurde in Hamburg die Hamburger Nordatlantik-Dienst-G. m. b. H. in Bremen die Bremer Nordatlantik-Dienst-G. m. b. H. gegründet.

Die bisher von Hapag und Lloyd im New York-Dienst beschäftigten Schiffe bleiben Eigentum der beiden Reedereien. Auch wird die Führung der Dienste weiterhin unter der Flagge und dem Namen von Hapag und Lloyd erfolgen. Das Reich wird die Fortführung dieser Dienste in ähnlicher Weise erleichtern, wie es in immer steigendem Ausmaße bei den ausländischen Wettbewerbslinien für den Nordatlantikverkehr geschieht.

Die ohnehin schon schwierige Finanzlage der beiden Großreedereien hat sich infolge der Verluste der letzten Jahre, die sich namentlich aus der Zulistung des internationalen Währungs- und Subventionskampfes ergaben, weiter verschlechtert. Es erweist sich daher als notwendig, Sanierungsverhandlungen einzuleiten. Mit einer starken Zusammenlegung des Aktienkapitals wird gerechnet werden müssen.

## Neuregelung der Einfuhrgenehmigungen.

Die bisherige Praxis bei der Erteilung von Einfuhrgenehmigungen wird, wie die Warschauer Industrie- und Handelskammer mitteilt, vom 15. Oktober d. J. ab eine Änderung erfahren. Von diesem Termine ab werden alle Einfuhrgenehmigungen nur für eine einzige Zollabfertigung Gelung haben. Um die Einfuhr von Waren in aufeinanderfolgenden Partien zu ermöglichen, sollen Einfuhrerlaubnisse in verschiedenen Abschriften ausgestellt werden. Der Importeur hat bei der Einreichung des Gesuches zu bemerken, in wieviel Abschriften die Einfuhrerlaubnis ausgestellt sein soll, wobei er gleichzeitig die Menge der einzuführenden Waren anzugeben hat.

Die Importeure haben die Möglichkeit, schon jetzt die Aussicht der Einfuhrerlaubnis nach dem neuen System zu fordern. Dadurch werde nach amtlicher Auffassung der Übergang vom alten zum neuen System erleichtert.

## Moskauer Befriedigung über das sowjetrussisch-amerikanische Handelsabkommen.

Die im Wege des Notenaustausches zwischen dem Außenhandelskommissar der Sowjetunion Litwinow und dem amerikanischen Botschafter Bullitt am 18. d. M. zustandegekommene sowjetrussisch-amerikanische Handelsabkommen ist in Sowjetkreisen mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Die offiziösen "Zweieta" bezeichnen das Abkommen als "einen wesentlichen Schritt hinübertlich der Schaffung einer Rechtsgrundlage für die sowjetrussisch-amerikanischen Handelsbeziehungen". Bis zur Herstellung der normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im November 1933 hätten die Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten jeder Rechtsgrundlage entbehrt. Nach der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen hätten sich die Rechtsbedingungen für den Handelsverkehr etwas verbessert, indessen habe es bis zum 18. Juli d. J. zwischen den beiden Ländern kein Handelsabkommen gegeben.

Die im neuen Handelsabkommen festgelegte Minitbegrenzung für den Sowjetexport werde in Zukunft eine Differenzierung des Sowjethandels in den Vereinigten Staaten unmöglich machen. Auf diese Weise werden die Voraussetzungen für eine bedeutende Entwicklung des Sowjetexports geschaffen, der in den letzten Jahren sich nicht genügend entfalten konnte. Dies gebe wiederum der Sowjetunion die Möglichkeit, die Sowjetbestellungen in den Vereinigten Staaten, die in den letzten Jahren zurückgegangen sind, zu erweitern. Am Ergebnis des abgeschlossenen Abkommens sei eine Erweiterung und Belebung der sowjetrussisch-amerikanischen Handelsbeziehungen zu erwarten.

# Geringer Erfolg der Konjunktur-Anfertigung in USA.

Die Havas-Agentur berichtet aus New York:

In amerikanischen Finanz- und Wirtschaftskreisen ist eine Mischung wahrscheinbar über die geringen Erfolge, die in den letzten zehn Monaten im Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus" der Vereinigten Staaten erzielt worden sind. Die Arbeitslosigkeit ist nur unwesentlich zurückgegangen, die Lage der Eisenbahnen, deren Wirtschaft bekanntlich in USA einen der wichtigsten Faktoren der allgemeinen Wirtschaft dieses Landes darstellt, hat sich keineswegs gebessert. Viele Schlüsselelemente befinden sich auf dem gleichen Niveau des Vorjahrs.

Gleichzeitig aber ist die Höhe der öffentlichen Verschuldung bedeutend gestiegen, die bereits alle bis dahin bekannten Rekorde geschlagen hat. Diese Tatsachen erregen in den Vereinigten Staaten zwar keinerlei besondere Beunruhigung mit Rücksicht auf die bedeutenden Reserven, trotzdem wird in Industrie- und Finanzkreisen erfragt die Tatsache kommentiert, daß der Staat bereits dem Erreichern aller zur Verfügung stehenden Reserven nahe sei, weil diese Reserven zur Wirtschaftsbelebung verbraucht worden seien.

Unter solchen Voraussetzungen, so kommentiert die französische Havas-Agentur, deren Schilderung über die amerikanische Wirtschaftszuflucht wohl mit Interesse jedoch nicht vorbehaltlos hinzunehmen sind, ist in USA eine immer stärker werdende Stimmung für eine endgültige Stabilisierung des Dollars wahrnehmbar. Man hofft, daß bald eine allgemeine Währungsstabilisierung eingeleitet wird, weil man in Amerika glaubt, Frankreich und England für diese Tendenz umzustimmen, um diesen Plan in Angriff zu nehmen.

## Wenig glückliche Maßnahmen Roosevelt.

Das Bundesberufungsgericht entschied am Dienstag, daß die auf Grund des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Ausgleichsbörse erlaubten Verarbeitungssteuer verfassungswidrig seien. Diese Entscheidung stellt die Durchführung des gesamten Landwirtschaftsprogramms der Regierung in Frage.

Die Bundesgerichtsentscheidung ergibt im Prozeß einer Textilgesellschaft, die die Rückforderung von Verarbeitungssteuern in Höhe von 81 694 Dollar verlangt hatte. Währung die

Borinstan zugunsten der Regierung entschieden hatte, entschied nunmehr das Bundesberufungsgericht, daß die Bestimmung des oben erwähnten Gesetzes, auf Grund deren nahezu 1 Milliarde Dollar Verarbeitungssteuern erhoben werden sind, verfassungswidrig sei. Darüber hinaus erklärte das Gericht, daß der Kongress mit dieser Gesetzesgebung in ein Gebiet eingedrungen sei, über das er keine Kontrolle gehabt habe.

Da diese Entscheidung die Befugnis der Regierung zur Durchführung ihres gesamten Agrarpolitik — Kontrollierung der Produktion von Baumwolle, Tabak, Getreide und Vieh — in Frage stellt, wird die Regierung sofort Beratung beim Oberbundesgericht einlegen.

## Neuer Höchststand der amerikanischen Staatschuld.

Der Schatzausweis vom Mittwoch ergibt, daß die Staatschuld Amerikas 29 Milliarden Dollar überschritten und damit einen neuen Höchststand erreicht hat.

Finanzminister Morgenthau erklärte vor dem Bankausschuß des Senats, daß die Vorlage, die alle Schadenersatzprozeße wegen der Entwertung des Dollars unterbinden soll, den Bundeskredit erheblich stärken würde. Weiterhin teilte er mit, daß die Regierung beabsichtige, im laufenden Rechnungsjahr 5 Milliarden Dollar für die Einführung fälliger Obligationen und 4 Milliarden Dollar für Neu-Emissionen auszumachen, um dem zu erwartenden Defizit zu begegnen.

## Abschluß der Pelzmesse in Wilna.

Am 14. d. M. ist in Wilna die internationale Pelzmesse geschlossen worden. Die Umtage der Messe betragen nach den vorläufigen Schätzungen mehrere Mill. Zloty. Die auf der Messe ausgestellten Waren konnten etwa zur Hälfte verkauft werden. Sowohl die einheimischen wie die ausländischen Firmen, die auf der Messe entweder als Aussteller oder als Interessenten hervortraten, sind mit dem Verlauf der Geschäftstätigkeit zufrieden. Die Liquidierung der einzelnen Stände dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

## Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verordnung im "Monitor Polki" für den 18. Juli auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinsatz der Bank Polki beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

**Der Zloty am 17. Juli.** Danzig: Überweisung 99,80—100,20, bar —; Berlin: Überweisung gr. Scheine —; Brag: Überweisung 453,75, Wien: Überweisung —; Paris: Überweisung —; Zürich: Überweisung 57,80, Mailand: Überweisung —; London: Überweisung 26,18, Kopenhagen: Überweisung 86,10, Stockholm: Überweisung 74,60, Oslo: Überweisung —.

**Markt der Börse von 17. Juli.** Umlauf. Verkauf — Rau, Belgien 89,30, 89,53 — 89,07, Belgrad — Berlin 213,25, 214,25 — 212,25, Budapest — Bulest — Danzig — — — Spanien — — — Holland 359,90, 360,80 — 359,00, Japan — Konstantinopel — Copenhagen 116,90, 117,45 — 116,35, London 26,17, 26,30 — 26,04, New York 5,27%, 5,30% — 5,24%, Oslo 131,50, 132,15 — 130,85, Paris 34,99, 35,08 — 34,90, Brag 22,08, 22,13 — 22,03, Riga: Sofia — Stockholm 134,98, 135,63 — 134,33, Schweiz 173,05, 173,48 — 172,62, Tallinn — Wien — Italien 43,60, 43,72 — 43,48.

**Berlin, 17. Juli.** Uml. Devisentur. New York 2,474—2,478, London 12,265—12,295, Holland 168,70—169,04, Norwegen 61,65 bis 61,77, Schweden 63,25—63,37, Belgien 41,88—41,965, Italien 20,50 bis 20,54, Frankreich 16,405—16,445, Schweiz 81,09—81,25, Brag 10,32 bis 10,34, Wien 48,95—49,05, Danzig 46,91—47,01, Warschau 46,91—47,01.

**Die Bank Polki** zahlt heute für: 1 Pfund, große Scheine 5,25, d. do. kleine 5,24, d. do. Kanada 5,21, d. 1 Pf. Sterling 26,05, d. 100 Schweizer Franken 172,54, d. 100 franz. Franken 34,89, d. 100 deutsche Reichsmark nur in Gold 211,49, d. 100 Danziger Gulden —, d. 100 tschech. Kronen —, d. 100 österreich. Schillinge 98,00, d. holländischer Gulden 358,50, d. Belgisch. Belgas 88,81, d. ital. Lire 37,90, d. Zl.

## Produktionsmarkt.

### Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörsen Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 8. bis 14. Juli 1935 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	16,58	12,50	—	16,04
Bromberg	14,30	11,70	—	14,00
Bozen	14,00	11,54	—	14,25
Lublin	17,08	13,01	—	15,25
Rowno	14,12 <sup>1/2</sup>	12,37 <sup>1/2</sup>	—	—
Wilna	16,92	11,50	—	13,92
Kattowitz	17,33	14,71	—	17,42
Krakau	17,12	13,62 <sup>1/2</sup>	—	18,62 <sup>1/2</sup>
Zemberg	16,50	13,75	—	17,00
Auslandsmärkte:				
Berlin	44,94	36,46	—	—
Hamburg	18,36	9,72	—	11,20
Paris	40,35	31,82	32,34	28,09
Brünn	38,23	30,18	32,34	27,61
Danzig	37,37 <sup>1/2</sup>	25,06	—	25,62 <sup>1/2</sup>
Liverpool	14,93	—	—	—
London	—	—	—	—
New York	—	—	—	—
Chicago	17,95	9,13	15,75	12,91
Buenos Aires	11,07	—	—	8,95

### Amtliche Notierungen der Warschauer Getreidebörsen vom 17. Juli.

Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Werte	14,00—14,25	10,00—10,50	7,50—8,00	5,00—5,50
Roggen, vorjährig	11,00—11,25	7,50—8,00	5,00—5,50	—
Roggen, neu, trocken	10,00—10,50	7,50—8,00	5,00—5,50	—
Braugerste	—	—</td		